

Leipziger Tageblatt

Morgen-Ausgabe

Bezugspreis: 100 Mark für ein Jahr (12 Hefen) ...
Anzeigenpreis: 100 Mark für ein Jahr ...

und
Handels-Zeitung
Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes
der Stadt Leipzig

112. Jahrgang

Anzeigenpreis: 100 Mark für ein Jahr ...
Verlag Dr. Reinhold & Co. Leipzig

Nr. 188

Donnerstag, den 14. März

1918

Deutsche Truppen in Odessa

Die Deutschen in Odessa eingedrungen

Wb. Berlin, 13. März, abends. (Amlich.) Die deutschen Truppen sind in Odessa eingedrungen. Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues. Oesterreichisch-ungarischer Heeresbericht Wien, 13. März. Amlich wird gemeldet: Oesterreichisch-ungarische und deutsche Truppen stehen vor Odessa. In Ventien griffen zwei österreichisch-ungarische Kampfkraften zur Vergeltung feindlicher Luftangriffe den italienischen Flugplatz nördlich von Mestre an. Vier feindliche Jagdklassen wurden überfallen, aus 300 bis 50 Meter Höhe mit Bomben beschossen und unter heftigem Maschinengewehrfeuer genommen. Eine italienische Flugzeughülle stürzte ein. Unsere Flieger kehrten vollständig zurück und bombardierten auf der Heimfahrt noch Treviso und die feindlichen Gräben an der Piave. In der Tiroler Front besetzte Oberleutnant Linke den 20. Gegner im Luftkampf. Der Chef des Generalstabes.

Deutsche Marineluftschiffe über England

Wb. Berlin, 13. März. (Amlich.) In der Nacht vom 12. zum 13. März griff eines unserer Marineluftschiffe mit gutem Erfolg besetzte Plätze und militärische Anlagen am Humber und in der Grafschaft York an. Die Schiffe stiegen auf kurze artillelerische Distanzen, die den Angriff jedoch nicht aufhalten konnten. Alle Schiffe sind ohne Beschädigung zurückgekehrt. — Die Führung hatte auch diesmal wieder Regattakapitän Siraßer. Aus der Zahl der Kommandanten verdienen als oft bewährte Englandfahrer erwähnt zu werden: Regattakapitän R. Prähis, Kapitänleutnant Freiherr Kreuz von Büllow-Brandenfels, Kapitän Ehrlich (Herbert), Hauptmann Manger und Kapitänleutnant von Feudenreich. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

London, 12. März. (Reuter.) Amlich. Ein oder zwei feindliche Luftschiffe griffen heute abend spät die Küste von Yorkshire an. Wie gemeldet wird, fielen einige Bomben in kurzen Entfernungen auf das Binnenland. Berichte über Verluste und Sachschaden liegen noch nicht vor. Der Angriff geht noch weiter.

London, 12. März. (Reuter.) Amlich. Die Verluste bei dem Luftangriff belaufen sich jetzt auf insgesamt 20 Tote und vierzig Verletzte. Man befürchtet, daß noch eine Reihe unter den Trümmern begraben ist.

Der Vergeltungsluftangriff auf Paris

Frankfurt a. M., 13. März. (Eigener Drahtbericht.) Die „Frk. Ztg.“ meldet aus Osnabrück: Die Stadt Paris hat am Freitag und Samstag abend den 10. und 11. Luftangriff überstanden. Die Regierung hat der Presse jede Mitteilung anhehalten. Die Berichte des Kriegsministeriums verhalten, so daß die Wirkung des Angriffs vorläufig nicht festzustellen ist. In den heute eingetroffenen Zeitungen vom Montag liegt nur ein Artikel des Abg. Sembal in der „Heute“ vor, der erkennen läßt, daß der Eindruck des Angriffes vom

Freitag sehr tief geht, und daß die ausflüchtigen Berichte, die von der ruhigen Haltung der Bevölkerung und der Verantwortlichkeit der Abwehrmaßnahmen sprechen, genau das Gegenteil der Wahrheit verklären haben. Die Pariser Bevölkerung hatte Sembal zufolge die Hoffnung, daß die Luftangriffe eingestellt seien, weil die Regierung nach dem Angriff auf Paris vom 10. Januar beschloß, keine deutschen Städte mehr beschließen zu lassen. Das Kriegsministerium erließ in der Tat auch am Sonnabend eine Erklärung, worin bestritten wurde, daß französische Flieger Triel, Mannheim und Pirmasens beschossen hätten. Diese Antwort auf den deutschen Tagesbericht ist offensichtlich zweideutig. Der deutsche Tagesbericht spricht nicht von französischen Fliegern, sondern von feindlichen Angriffen auf die genannten Städte, und in der Tat haben die Tagesberichte der britischen Armee diese Angriffe mitgeteilt. Die französische Regierung möchte also die Schuld von sich abwenden, wagt es aber nicht, die Engländer zu denunzieren. Abg. Sembal gibt auch der Vermutung Ausdruck, daß ein österreichischer Befehlshaber im Widerspruch mit den Anordnungen des Kriegsministeriums den Angriff gegen die deutschen Städte beschloß haben könne. Aus dem englischen Tagesbericht vom 10. März wird man unterdessen gemerkt haben, wie die letzten Angriffe auf Stuttgart und Ulm durch den Luftangriff auf Odessa gekommen sind, für die Paris gestern abend zu läuten habe. Die beiden letzten Angriffe haben dem Pariser Publikum den Beweis geliefert, daß die französische Armee nicht über eine genügende Menge von Flugzeugen verfügt zur Verteidigung der Städte hinter der Front. Diese Tatsache hat einen sehr bösen Eindruck gemacht, weil man immer noch an das Vorzeichen einer großen deutschen Offensive glaubt und trotz aller Versicherungen der Kriegspresse die schlimmsten Befürchtungen für deren Ausgang hat. Ferner hat sich herausgestellt, daß die in Paris getroffenen Vorkehrungsmaßnahmen nicht ausreichten.

Während der letzten Wochen sind dem Pariser Publikum Justizschlüssen gezeigt worden in Böhmen, Untergrundbahnen und in Kellergewölben von öffentlichen Gebäuden. Bei dem Angriff am Freitag fiel eine Bombe in eines der öffentlichen Gebäude im Zentrum der Stadt und zerstörte den Justizsaal. Die Leute, die sich dahin gesammelt hatten, konnten erst nach lindenlanger Arbeit wieder gerettet werden. Vorgestern abend kam es in einer Station der Untergrundbahn, in deren Nähe eine Bombe niederfiel, zu einer furchtbaren Panik, bei der nach dem amtlichen Bericht zu einer Tausend Personen erdrückt wurden. Dieser zweite Zwischenfall beweist, daß es ganz verkehrt ist, Anomalien von Menschen zu begünstigen, anstatt sie zu verbieten. Sembal meint dann, es sei ein Glück für Clemenceau, daß er nicht mehr in der Presse sehe, um die Regierung zu loben.

Der Luftangriff auf Neapel

Bern, 13. März. (Drahtbericht.) Nach einer Explosion (Schlag) der Bomben in Neapel in der Via Roma, Piazza Municipio, Via Speranza, Via Conte Nicola und der Piazza Colonna sind getroffen. Die genannten Straßen und Kirchen befinden sich in der nächsten Umgebung der militärischen und Hafenanlagen.

Köln, 13. März. (Eigener Drahtbericht.) Nach der „Köln. Ztg.“ sind, römischen Blättern zufolge, die Kommandanten der Fliegerabwehrkräfte Neapel, Foggia und Teramo wegen ungenügender Abwehrfähigkeit anlässlich des Luftangriffes auf Neapel von ihrem Posten entbunden worden. Zur Feststellung weiterer Verantwortlichkeiten wurde eine Untersuchung angedeutet. In Rom werden in Verbindung mit dem Luftangriff fieberhaft Schutzmahnahmen getroffen. In die städtische Bevölkerung wurden Luftschutzmittel verteilt, sind auch in den Palästen des Vatikans gegen Luftangriffe Maßnahmen getroffen worden.

Ein Jahr Revolution

Der Petersburger Märzaufruch 1917 stellte sich von vorn herein anders dar, als die früheren russischen Revolutionsunruhen. Denn während diese nur zeit- und streifenweise aufgetreten waren und bald durch Truppenaufgebote niedergedrückt werden konnten, sah sich diesmal der Zar seiner einzigen Waffe dadurch beraubt, daß die Truppen der Petersburger Garaison mit den Aufständischen gemeinsamen Pakt machten. Außerdem hatte auch gerade der innerpolitische Kampf zwischen Zarenregierung und Volksvertretung einen kritischen Höhepunkt erreicht, so daß der Zar auch von bürgerlicher Seite in diesem Augenblick keine Hilfe erwarten konnte. Als er daher am 12. März 1917 den Befehl zur Auflösung der Duma erließ, und diese die Befolgung verweigerte, war der Zarenthron ohne jede Stütze und mußte zusammenstürzen.

Freilich hätte es zunächst, als ob der Sturz des Zaren nur das Ende seiner persönlichen Willkürherrschaft bedeutete und einer freieren Staatsverfassung auf bürgerlich-demokratischer Grundlage Platz machen sollte. Wurde doch zuerst ernstlich die Wahrung der Monarchie unter einem neuen Herrscher ermöglicht. Denn die neue provisorische Regierung, an deren Spitze der Fürst Lwow stand, setzte sich durchweg aus bürgerlichen, teilweise streng konservativ gesinnten Persönlichkeiten zusammen. Ihr Streben war, dem freiheitlichen Zug der Masse, aus deren Schrittern ja die Umwälzung erfolgt war, einige Zugeländnisse zu machen, die revolutionäre Bewegung jedoch allmählich wieder einzudämmen und mit der Zeit in ein wohlgeordnetes bürgerliches Staatswesen überzuleiten. Bei diesen ersten Versuchen geriet sie aber mit dem Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat, der sich als unabhängige Vertretung der ausständigen Masse gebildet hatte und in dem die Minorität der Maximalisten, der radikalsten Linkspartei, die führende Stimme besaß, in schärfsten Gegensatz. Der nun einsetzende erbitterte Kampf zwischen der ersten provisorischen Regierung und dem Arbeiter- und Soldatenrat sollte um so verhängnisvoller werden, als er sich sofort in seiner ganzen Schärfe auf das Heer der Heimat und der Front übertrug. Während unzählige Soldaten des Rates die revolutionäre Propaganda in das Heer einführten, arbeitete die Regierung ihrerseits durch die Vorgehens- und Kommissare diesem Treiben entgegen. Als Folge dieses Kampfes innerhalb der Armee ergab sich bald eine vollständige Zerrüttung der Manneszucht, die sich in Meutereien und einer erschreckenden Zunahme der Fahnenflucht äußerte.

Nach zwei Monaten hatte die erste provisorische Regierung abgemirakelt. Russland stand neuerdings am Scheidewege. Es gab nur zwei Wahlen. Entweder durch eine rein bürgerliche kraftvolle Regierung den lähmenden Widerstand des A- und S.-Rates gewaltsam zu brechen oder dessen Forderung nach Uebernahme von Sozialisten in das Ministerium auszusöhnen. Die Entscheidung fiel in letzter Richtung. Sie erbrachte zwar den anfänglichen Vorteil eines gewissen Ausgleichs mit dem A- und S.-Rate, aber doch zugleich den schweren Nachteil, daß der Teil des Bürgertums, der eine bürgerliche Regierung erstrebt hatte, nunmehr gegen die sozialistisch gefärbte Regierung in heftige Opposition trat.

Denn wenn auch die am 18. Mai neugebildete zweite provisorische Regierung mit 9 bürgerlichen und 3 sozialistischen Ministern noch eine bürgerliche Mehrheit äußerlich aufwies, so bestimmten doch die Sozialisten in Wahrheit das Regierungsprogramm, das in weiterer Demokratisierung der Armee und gewaltamen Eingriffen gegen Landwirtschaft und Industrie sich erschöpfte. Der einjährige innere Zwiespalt zwischen Regierung und A- und S.-Rate war jetzt in das Ministerium selbst übertragen und machte eine kraftvolle Führung unmöglich. Allenfalls breitete sich im Lande die Anarchie aus. Die Maximalisten, die durch die Rückkehr ihres geistigen Führers Lenin in eine einseitige Leistung gehalten hatten, versuchten durch mehrere Putsch die machtlose Regierung zu stürzen. Aber da die Mehrzahl der übrigen Sozialisten keine neuen Umwälzungen wünschte, wurde der Maximalisten-Aufbruch nochmals niedergedrückt.

Bei dem durch die Machtlosigkeit der zweiten provisorischen Regierung allgemein gewordenen Wunsche nach einem kraftvollen Regiment gelang es abermals nach zwei Monaten dem Sozialisten Kerenski, der stets zwischen den sozialistischen Parteien und dem Bürgertum eine Vermittlerrolle gespielt hatte, ein neues Koalitionsministerium zu bilden, das sich in erster Linie auf seinen persönlichen Einfluß gründete und von ihm einseitig geleitet wurde. Durch unermüdliche Werbearbeit an der Front glückte es ihm auch gegen weitgehende freiheitliche Zugeländnisse den Kampfesmut des Heeres wieder so weit zu heben, daß es eine abermalige Offensive begann. Aber ebenso schnell sollte durch den Zusammenbruch der Offensive auch Kerenski's Stern wieder ins Sinken kommen. Denn nun zeigte es sich, daß die dem Heere gewährte freiheitliche Form seinen vollständigen Untergang herbeiführen mußte. Notgedrungen mußte Kerenski den Oberbefehlshaber Kornilow bei Ergreifung drakonischer Zuchtmaßnahmen gewähren lassen. Hierbei kam es jedoch schließlich zwischen beiden zum Zusammenstoß, der mit einem unruhlichen Ausgang für Kornilow endete, da das Heer den strengen General im entscheidenden Augenblick im Stich ließ. Aber auch Kerenski hatte sich in diesem Kampfe gegen Kornilow wegen schwankenden Verhaltens sowohl bei den Linksparteien als auch erst recht bei der Rechten am jeglichen Günst gebracht. In dieser Not berief er eine allgemeine demokratische Konferenz, die ihn als den einzigen Führer Russlands bezeichnen sollte. Es gelang seiner Taktik auch, noch einmal ein Oktoberministerium mit ihm willkürlich ergebnen Persönlichkeiten zusammenzubringen, doch war die Situation gegen ihn bereits in voller Wille bei links und rechts und fand durch seine abermalige Nachstellung nur neue Nahrung. Dazu kam, daß allmählich eine tiefe Unzufriedenheit mit den bisherigen Ergebnissen der hoffnungsvoll begonnenen Revolution überall Platz gegriffen hatte. Keines der Ausgangsziele der Revo-

Holland und die Alliierten

Die Schiffsraumprobleme

Haag, 13. März. (Niederländische Telegrafien-Agentur.) Der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten schickte den Generalstaaten eine Note, die den Stand der Verhandlungen mit den Alliierten seit der Abfassung der Note betrifft. Der Minister erwidert die Mitteilung, daß die Alliierten ihr Versprechen, die niederländische Bedingung anzunehmen, monach Schiffe, die in der Rechnung der Alliierten stehen, nicht in die gefährliche Zone gebracht werden dürfen, zurückzunehmen wünschen. Bei Auseinandersetzung der Vorläufe, die auf der Grundlage von Besprechungen zwischen den niederländischen Delegierten und den Alliierten Ende 1917 in London ausgearbeitet worden waren, hebt der Minister hervor, die Alliierten wünschten, daß die Ausführung der Zentralmacht von Antwerpen, deren Erzeugung durch die Einfuhr von Getreide und künstlichem Dünger bedingt ist, beschleunigt oder eingest. Die Regierung überlegte sich zuerst der Ausführung der noch in Holland befindlichen Schiffe, die gemünscht wurden, um die deutsche Regierung keinen Anspruch gegen den Austausch von Schiffen, die aus holländischen Häfen ansfahren, gegen ebenjenside, die sich jenseits des Meeres befinden, erheben wird. Deutschland widerseht sich grundsätzlich den Ausfuhrbestimmungen, die gegen Deutschland gerichtet sind. Die holländische Regierung ließ infolgedessen die deutsche Regierung wissen, daß sie keinen Vorschlag zur Zwangsbeschränkung unserer Ausfuhr machen würde. Amerika erklärte sich bereit, Holland 100 000 Tonnen Weizen vor Abschluß der endgültigen Abmachung zu liefern, wenn wir von jetzt an den Alliierten ungefähr 500 000 Tonnen Schiffe so liefern würden, wie wenn das endgültige Abkommen schon bestände.

Amsterdam, 13. März. (Drahtbericht.) Die Note des Ministers des Auswärtigen über den Stand der wirtschaftlichen Verhandlungen mit den alliierten Regierungen erschien morgens in den Blättern. In einem Begleit Schreiben an die Generalstaaten erklärte der Minister des Auswärtigen, er habe seit der Aufstellung der Note den Bericht erhalten, daß die alliierten Regierungen auf ihre Zusage zurückzukommen wünschten, in die von niederländischer Seite gestellten Bedingungen einzustimmen, daß für Rechnung der Alliierten fahrende Schiffe nicht in der sogenannten Gefährlichen Zone gebraucht werden.

London, 12. März. (Reuter.) Im Unterhause sagte der Blockade- winder Lord Robert Cecil auf eine Anfrage wegen der Aus-

fuhr von Lebensmitteln nach Holland, Norwegen, Schweden und Dänemark: Seit einer ganzen Reihe von Monaten sind so gut wie keine Ausfuhrbewilligungen für Lebensmittel nach den genannten Ländern erteilt worden, abgesehen von den Ölfetten, die die Preisen- gerichte freigegeben haben. Gewisse Rohstoffe zur Herstellung von Lebensmitteln, wie Kakaobohnen und Margarineerohstoffe, werden weiter ausgeführt zur Herstellung von Fettsäuren, die dann wieder nach England zurückkehren. Soweit die Einfuhr nach England eine Folge mangelnder Einfuhr ist, hat das Blockadeministerium damit nichts zu tun.

Beginn der Alliiertenkonferenz für Schiffsraumbeschaffung

Schweizer Grenze, 13. März. (Eigener Drahtbericht.) Die „Tribuna“ berichtet, begann die Londoner Alliiertenkonferenz zur Beschaffung von Schiffsraum unter Beteiligung Amerikas. Cleveland, 12. März. (Reuter.) Vier Binnensee- dämpfer wurden vom Schiffsraumamt der Vereinigten Staaten in den atlantischen Dienst eingestellt. Wahrscheinlich werden bald 14 weitere eingestellt. Da die Schiffe für den Wellandkanal zu groß sind, müssen sie in ihre Hälften zerlegt werden. 21 sind schon von den Seen für den Ozean verwendet worden, 16 davon waren zerlegt.

Italienische Hoffnungen auf Russland

Luzern, 13. März. (Eigener Drahtbericht.) Ein Vertreter des „Giornale d'Italia“ besagt, die Anhänger Lenins hätten erklärt, daß Russland, sobald die inneren Verhältnisse reorganisiert seien, den Kampf gegen Deutschland wieder aufnehmen werde. Russland würde abermenschliche Anstrengungen machen, um ein neues Heer aufzustellen. Das italienische Blatt sieht, wie übrigens die ganze italienische Presse, noch immer große Hoffnungen auf ein neues Eingreifen Russlands.

Genova, 13. März. (Eigener Drahtbericht.) Die bei den italienischen Banken deponierten großen russischen Militärfonds werden in erster Linie zur Erhaltung der Forderungen italienischer Lieferanten russischen Kriegsmaterials, besonders von Automobilen, verwendet.

Organisation einer ukrainischen Armee

Berlin, 13. März. (Drahtbericht.) Die „Nat. Ztg.“ meldet aus Wien: Wie aus New gemeldet wird, organisiert der neue Kriegsminister Lubowsky mit Hilfe deutscher Offiziere eine ukrainische Armee.

lution war bisher erfüllt oder auch nur der Erfüllung näher ge-
 rückt worden. Der Friede stand bei dem Zusammengehen
 Kerenski mit der Entente noch in weiter Ferne, der wirtschaftliche
 Niedergang war nicht aufgehoben, sondern nur erschreckend be-
 schleunigt worden. Das einstige Getreideexportland konnte in-
 selbe Lage des Großgrundbesitzes nicht mehr die eigene Er-
 nährung sicherstellen. Die Industrie war durch die politischen
 Streik und mangelnden Lohnforderungen der Arbeiter so un-
 wirtschaftlich geworden, daß die Großbetriebe mit steigenden Verlusten
 arbeiteten, deshalb schlossen und höchstens zungsweise noch zum
 Teil weitergeführt werden konnten. Im Bergbau und in der
 Kohlenförderung hatten Kürzung der Arbeitszeit und Min-
 derung der Arbeitsleistung nur noch die Hälfte der bisherigen
 Leistungsfähigkeit zu erreichen vermocht. Darunter litt vor allem
 das für Rußland so wichtige Verkehrs- und Transport-
 wesen, das mangels einheitlicher Organisation vollkommen
 niederbrach und weder die Versorgung der Armee noch die Ab-
 wendung von Hungersnot leisten konnte. Der Staatsbankrott
 stand vor der Tür, und die fremden Mächte, vor allem England und
 Amerika, suchten sich durch Beschlagnahme der inländischen Werte
 in immer größerem Umfangem schadlos zu halten.

Auf dem Boden solcher Anzustände mußte die Saat der
 Bolschewisten auf neue Gewalt in die Hände schieben.
 Ganz offen erhoben sie jetzt ihr Haupt und verkündeten die
 kommende Herrschaft des Proletariats. Kerenski konnte mit
 Rücksicht auf die bereits mißgestimmte sozialistische Partei keine
 Gewaltmaßnahmen gegen sie ergreifen. Nachdem sich schließlich
 auch die Petersburger Garnison offen für den Sozialismus er-
 klärt hatte, verließ Kerenski die Hauptstadt unter der Vorgabe,
 von auswärts regierungstreue Truppen herbeizuholen, in Wirk-
 lichkeit, um nicht wiederzukehren und den Sozialisten die Herr-
 schaft zu überlassen.

Die unter dem Schloß: Für Freiheit, Frieden und
 Brot zur Regierung gelangten Bolschewisten schienen anfanglich
 die Revolutionsziele schneller verwirklichen zu wollen. Friedens-
 verhandlungen kamen in Gang, schrankenlose Freiheiten wurden
 gewährt, den Fremdsoldaten wurde Selbstbestimmung zugesichert,
 die bisher immer hinausgeschobene Vornahme der Wahlen zur
 Gesetzgebenden Versammlung angeordnet und der Hunger der
 Masse durch Auszubehaltung der letzten Lebensmittelreserven be-
 friedigt. Aber bald zeigte es sich, daß die tatsächliche Ab-
 sicht der Sozialisten die Herrschaft über die allgemeine
 Volksevolutionierung war. Das bewies die abschließende
 Verkleinerung der Friedensverhandlungen, die beispiellose Be-
 drückung aller Andersdenkenden, die blutige Bekämpfung der
 fremdsprachigen Freiheitskämpfer und schließlich die gewalt-
 same Auflösung der Gesetzgebenden Versam-
 lung, als sie keine bolschewistische Mehrheit besaß.

Diese Gewalttat hat den Bolschewisten die Maske abgerissen.
 Nur noch auf die rohe Gewalt ihrer Roten Garde gestützt, ver-
 mögen sie sich am Ruder zu halten, denn die Stimmung der Mehr-
 heit des russischen Volkes ist längst gegen sie. In der Gesetz-
 gebenden Versammlung hatte sich bereits eine starke Zunahme
 der Kadetten als Vertreter der bürgerlichen Parteien gezeigt.
 Auch die Sozialrevolutionäre, die den Hauptbestand-
 teil des russischen Volkes, die Bauernschaft, vertreten, sind in
 Feindschaft gegen die Sozialisten geraten, da diese das wirt-
 schaftliche Chaos nicht zu ordnen, sondern nur rettungslos zu ver-
 größern vermochten. Vielleicht wird Rußland nun noch einmal
 den Weg zur bürgerlichen Reorganisation wiederfinden, nachdem
 die Katastrophensituation der Bolschewiki mit unerkennbarer Klar-
 heit die Unfähigkeit des russischen Proletariats zur Bildung eines
 ordnungsmäßigen Staatswesens erwiesen hat.

Finanzfragen im Hauptauschuß

Berlin, 13. März. (Drahtbericht unserer Berliner
 Korrespondenz.) Der Hauptauschuß des Reichstages hat heute
 seine Verhandlungen fort. Die Abstimmung über den von allen Par-
 teien unterstützten Antrag auf Überwachung der für den Heeresbedarf
 erforderlichen Betriebe, auf Einschränkung in die Geschäftsbücher dieser
 Betriebe durch das Kriegsministerium, die auf die heutige Sitzung zurück-
 gestellt war, soll erst im Laufe der Sitzung erfolgen. Zunächst wurde
 der Haushalt der Reichsschuldverwaltung

erörtert, wobei Reichsschatzsekretär Graf Roeder längere vertrauliche
 Mitteilungen machte. Es wurde mitgeteilt, daß die Ausprägung kleinerer
 Münzen eine Verminderung des Kleingeldmangels herbeigeführt hat;
 ganz beseitigt aber ist er noch nicht. Die Schuldentlast betrug am
 1. Januar 1918 rund 20 Milliarden einschließlich der
 Schuldzinsen. Die sogenannten belegten Kredite sind in dieser
 Summe enthalten und laufen nicht, wie im Anlande vielfach geglaubt
 wird, noch neben der Summe her. In der Besprechung über die Reichs-
 finanzverwaltung wurde der wesentliche

Rückgang in den Einnahmen aus den Zöllen
 hervorgehoben. Die Zolleinnahmen sind etwa auf die Hälfte zurück-
 gegangen. Der vorjährige Anfall aber ist durch die Einnahmen aus
 der Kriegszugabe gedeckt. Die Tabak- und Zigarettensteuer hat, ab-
 gesehen von dem Kriegszugabe, ein Mehr gebracht, ebenso die Zucker-

Ein rumänischer Reclam

Um die Hebung der Volksbildung haben sich in Deutschland ganz
 besonders die Verleger der billigen Bibliotheken verdient gemacht.
 Reclam, Leubner, Neerer, Schöhen und andere bedeuten eine fast
 geistiger Fortentwicklung der unteren Schichten unserer Nation. An
 erster Stelle steht hier die Leipziger Verlagsbuchhandlung Philipp
 Reclam Jr. mit ihrer Universalbibliothek. Diese Volksbibliothek, die be-
 kanntlich vor kurzem ihr fünfzigjähriges Bestehen feierte und inzwischen
 auf annähernd 80 000 Nummern angewachsen ist, erfreut sich nicht nur
 in den Ländern deutscher Sprache einer großen Beliebtheit, sondern hat
 sich auch in den fremdsprachigen Nationen viele Freunde erworben. In
 einer von ihnen hat sie sogar einen Nachahmer gefunden; nämlich im
 Lande der weissen Carmen. Ueber den rumänischen Reclam
 lautet in der Zeitschrift „Die Grenzboten“ Professor Rudolf Schöffer:
 „Ich entnehme mir folgende Einzelheiten:

Die „Bibliothek für alle“, die der Bukarester Verlag Nicolai be-
 reitete, besteht seit Anfang des 20. Jahrhunderts und umfaßt jetzt
 gegen 1000 Nummern. Die Bändchen sind in ihrem äußeren das Ge-
 bilde der Reclam'schen Universalbibliothek; dasselbe Format und dasselbe
 gezeichnete Umschlag. Ihr billiger Preis von 30 Bani, also 25 Pfg. nach
 unserem Gelde, ist gleichfalls recht reclamhaft. An Sauberkeit und
 Korrektheit des Druckes kann die rumänische Volksbibliothek allerdings
 nicht mit ihrer deutschen Schwester konkurrieren. Hingegen ist ihr Ver-
 lagprogramm gleichfalls allumfassend. Erotische Dichtungen, dramatische
 Werke, Romane und Novellen, Märchen und Jugendbücher, antike
 Klassiker, Philosophie und Erziehungsliteratur, Geschichtliches, Biographi-
 sches, Reisebeschreibungen, Schriften zur Kunst und Literatur, Natur-
 wissenschaftliches und Wörterbücher, alles ist vertreten. Die größte
 Zahl der Bändchen bringt schöne Literatur zum Ausdruck. In ihr domi-
 nieren die Werke rumänischer Schriftsteller. Bei der Vorliebe, die die
 Rumänen für die Franzosen empfinden, ist es nur erklärlich, daß das
 Schrifttum dieser Nation in der „Bibliothek für alle“ unter den fremden
 Literaturen an erster Stelle marschiert. Danach folgt Rußland und in
 kurzem Abstand Deutschland. Von unserm Vaterlande sind 20 Autoren
 mit 33 ihrer Werke veröffentlicht worden.

Obwohl, der in der rumänischen Universalbibliothek den Reigen er-
 öffnet, steht auch in dem Nicolai'schen Verlagsunternehmen an der Spitze
 der Deutschen. Faust, Werther und Herman und Dorothea tragen die
 Unsterblichkeit unseres Dichtertalents weit in die Welt. Von
 Schiller werden namentlich die Jugendwerke Räuber, Rheso und Kabale
 und Liebe gelesen. Die drei großen Nachahler Alibi, Grillparzer und
 Schöberl sind mit einzelnen ihrer Werke vertreten. Die Erziehungsliteratur
 des 19. Jahrhunderts wird in der „Bibliothek für alle“ durch Geschieden
 von Comisso, G. L. V. Hoffmann, Paul Heppel und Gottfried Keller be-
 reichert. Ganz besondere Vorliebe müssen die Rumänen für Richard
 Wagner empfinden, denn sie lassen sich von Niemand, vom Jüngsten

Sohn und einige andere Steuern. Gegenüber dem Wunsch einer Ein-
 gabe, die Kriegsanleihen als allgemeines Zahlungsmittel für jede Steuer
 gelten zu lassen, erwiderte der Reichsschatzsekretär, daß er davon war
 nicht. Bei der Zahlung der Steuern in Kriegsanleihen sei zu unter-
 scheiden zwischen solchen Steuern, die zur Tilgung der Schulden be-
 stimmt sind, und solchen, die zu laufenden Ausgaben verwendet werden
 sollen. Bei der ersten sei die Zulassung der Zahlung in Kriegsanleihen
 unbedenklich, bei der zweiten sogar die Finanzverwaltung. So aber
 laufende Ausgaben in Frage stehen, müßten, wenn Kriegsanleihen in
 Zahlung genommen würde, Schatzanweisungen ausgegeben werden, um
 die Mittel zu beschaffen. Dagegen sei für den Verkauf des
 nach dem Krieg entbehrlich werdenden Materials an Pferde, Maschinen,
 Geräten, Holz, Autos usw. in Aussicht
 genommen.

Kriegsanleihen in Zahlung zu nehmen.
 Eine dahingehende Bekanntmachung sei jedoch im Einvernehmen mit
 dem Kriegsministerium erlassen worden. Es handle sich bei den vielen
 Milliardenwerte, die durch zweckmäßige Organisationen zum Verkauf
 kommen sollen.

Der Reichsschatzsekretär Graf Roeder trat dem Vorhabe Er-
 berger gegenüber, der alle die benachteiligten würde, die ihr gesamtes
 Kapital bereits in früheren Kriegsanleihen angelegt haben. Eine Ein-
 gabe auf Einführung von Zinslosen, 25-Pfennigstücken, wurde der
 Regierung zur Ermöglichung überlassen.

Eine längere Aussprache knüpfte sich an den Gold- und Ju-
 welenkauf. Es wurde darüber Klage geführt, daß beim Ankauf
 vielfach schädliche Erfahrungen hätten sammeln müssen. Erst die
 Nachkalkulation künnte endgültige Klarheit über die Verhältnisse
 schaffen. Das Eisen- und Stahnenwerk in Thale hat schon während des
 Friedens gut gearbeitet, und die hohen Kriegsgewinne dieses Werkes
 sind der Heeresverwaltung bekannt. Aber es kann nicht so ohne weiteres
 gesagt werden, an welchen Artikeln man gerade der hohe Kriegsgewinn
 erzielt wird. Von der Heeresverwaltung wird ständig nachkalkuliert, und
 bei neuen Aufträgen nötigenfalls ein neuer Preis festgesetzt. Alle Stellen,
 die sich mit der Preisfestsetzung befassen, müssen sich nach einer An-
 ordnung des Kriegsministers mit der Wamba in Verbindung setzen, um
 bestimmte Grundätze zu vereinbaren.

Abg. Roske (Soz.): Es ist erklärlich, daß die Kriegsausgaben ständig
 wachsen, und wenn die Erörterung des Falles Da miert zu neuen Er-
 wägungen über die Möglichkeit weiterer Sparmaßnahmen Anlaß geben
 sollte, so hätte der Fall auch eine erfreuliche Seite. Niemand verkennt
 die ungeheuren Leistungen der Industrie, aber die Industrie hat sich
 ihren Profit vorher sichern, und dadurch kam die Heeresverwaltung in
 eine Zwangslage.

Reichsschatzsekretär Graf Roeder stellt eine vom Verordner ver-
 langte genaue Aufstellung über die Investierung von Reichsmitteln in
 industrielle Unternehmen in Aussicht.
 Abg. Edehmann (Soz.) wandte sich gegen die fabelhaften Gewinne der
 chemischen Fabriken.
 Abg. Sölke (Natl.): Den Anregungen und Wünschen stimmen wir
 zu, auf den Fall Da miert müssen wir Angesichts dieser schädlichen Zei-
 tungslieferungen später noch einmal zurückkommen.
 Abg. Erberger (Ztr.): Man sollte den Reichstag vorher fragen, ehe
 man neue industrielle Anlagen unter Beteiligung des Reiches baut oder
 übernimmt.

Die Sparjamkeit im Reichshaushalt.

Abg. Erberger (Ztr.) meinte freilich, daß das Ergebnis der früheren
 Sparmaßnahmen niemals sehr groß war. Wohl aber könne der
 Reichstag eingehende Auskunft darüber verlangen, wie das Geld aus-
 gegeben werde. Der Reichstag müsse sein Statut wieder strenger in
 die Hand nehmen.

Generalmajor von Weisberg und General von Oden machten längere
 vertrauliche Mitteilungen.
 General von Odenpeltz von Lönnebeck sprach von der Feldzeugmeisterei, was auch mit
 gewissen Einschränkungen, zu, daß werft zu hohe Preise bemittelt wor-
 den seien. Aber man müsse berücksichtigen, daß die Werke in der ersten
 Zeit auch kostspielige Erfahrungen hätten sammeln müssen. Erst die
 Nachkalkulation künnte endgültige Klarheit über die Verhältnisse
 schaffen. Das Eisen- und Stahnenwerk in Thale hat schon während des
 Friedens gut gearbeitet, und die hohen Kriegsgewinne dieses Werkes
 sind der Heeresverwaltung bekannt. Aber es kann nicht so ohne weiteres
 gesagt werden, an welchen Artikeln man gerade der hohe Kriegsgewinn
 erzielt wird. Von der Heeresverwaltung wird ständig nachkalkuliert, und
 bei neuen Aufträgen nötigenfalls ein neuer Preis festgesetzt. Alle Stellen,
 die sich mit der Preisfestsetzung befassen, müssen sich nach einer An-
 ordnung des Kriegsministers mit der Wamba in Verbindung setzen, um
 bestimmte Grundätze zu vereinbaren.

Abg. Roske (Soz.): Es ist erklärlich, daß die Kriegsausgaben ständig
 wachsen, und wenn die Erörterung des Falles Da miert zu neuen Er-
 wägungen über die Möglichkeit weiterer Sparmaßnahmen Anlaß geben
 sollte, so hätte der Fall auch eine erfreuliche Seite. Niemand verkennt
 die ungeheuren Leistungen der Industrie, aber die Industrie hat sich
 ihren Profit vorher sichern, und dadurch kam die Heeresverwaltung in
 eine Zwangslage.

Reichsschatzsekretär Graf Roeder stellt eine vom Verordner ver-
 langte genaue Aufstellung über die Investierung von Reichsmitteln in
 industrielle Unternehmen in Aussicht.
 Abg. Edehmann (Soz.) wandte sich gegen die fabelhaften Gewinne der
 chemischen Fabriken.
 Abg. Sölke (Natl.): Den Anregungen und Wünschen stimmen wir
 zu, auf den Fall Da miert müssen wir Angesichts dieser schädlichen Zei-
 tungslieferungen später noch einmal zurückkommen.
 Abg. Erberger (Ztr.): Man sollte den Reichstag vorher fragen, ehe
 man neue industrielle Anlagen unter Beteiligung des Reiches baut oder
 übernimmt.

Der bayrische Finanzminister über die Deckung der Kriegskosten

München, 13. März. (Drahtbericht.) Der Finanz-
 auschuß der Abgeordnetenkammer beriet heute das Kapitel der
 bayerischen Staatsschuld, welche sich auf insgesamt
 rund 274 Millionen beläuft. Verschiedene Abgeordnete wen-
 den sich dagegen, daß ein Teil der Kriegsschulden auf die Bun-
 desstaaten abgewälzt werde, und treten dafür ein, daß möglichst
 auf eine Erzielung von Kriegsschuldung getrachtet werden
 müsse. Finanzminister von Dreunig erwiderte, daß wegen
 der Kriegsschuldung der Krieg nicht einen
 Tag verlängert werde. So wie die Kriegslage heute stehe,
 werden die Reichsregierung und Heeresleitung die Rechte des
 deutschen Volkes zu wahren wissen. Die Jeweilung eines Teiles
 der Reichsschuld an die Bundesstaaten sei nicht durchführbar. Die
 Reichsregierung arbeite bereits an dem Tilgungsplan. Von einer
 Entfengung der Reichsanleihen und einer Vermögenskonfiska-
 tion sei durchaus nicht zu sprechen. Die Verhältnisse des Deut-
 schen Reiches seien dazu noch viel zu solide.

Der Verfassungsausschuß des preussischen Abgeordnetenhauses

Der Verfassungsausschuß des preussischen Abgeordnetenhauses
 wird seine Sitzungen nach Ostern bereits am 11. April beginnen. Man
 nimmt an, daß sich die Fraktionen am 9. oder 10. April mit der Wahl-
 reformfrage beschäftigen werden. Die zweite und dritte Lesung der
 Wahlreformvorlage wird voraussichtlich vor Pfingsten erfolgen, so daß
 die Pfingsttage in die verfassungsmäßig vorgeschriebene Frist von drei
 Wochen, die zwischen der dritten Lesung und der endgültigen Ab-
 stimmung notwendig ist, fallen sollen.

Der neue Kurs. Wie wir hören, werden in den nächsten Tagen
 von Otto Hamann, dem langjährigen Leiter der Presseabteilung des
 Auswärtigen Amtes und der Reichskanzlei, Erinnerungen
 unter dem Titel „Der neue Kurs“ bei Reimar Hobbing in Berlin er-
 scheinen, die angeht die Tätigkeit des Verfassers unter vier Reichs-
 kanzlern. hochinteressante Mitteilungen erwarten lassen.

Die künftige Leistung. Der ganzen Veranstaltung
 oblag, was zu der Bezeichnung „Insonst“ berechtiget, habe ich mich
 vergebens herauszufinden bemüht, es sei denn, daß eben die einzelnen
 Instrumente „zusammenhängen“, und das nicht einmal immer gut. Die
 nicht gerade durch Reichtum der Erfindung und Klangschönheit oder
 Charakteristik der Instrumentation ausgezeichnete Musik steht in ihrem
 ersten Teile mit ihrer großen Aufmerksamkeit der Mittel nur zum ge-
 ringsten im Zusammenhang mit den barocken Vorgängen auf der
 Bühne. Der zweite Teil aber bietet kaum mehr als einen mit der Zeit
 ziemlich einträglich wirkenden Wasser. Auf der Bühne selbst erstreckte
 man sich an dem westlichen, farbigen-bunten Alde, das die Gemänder
 verschiedener verkörperter Insekten und anderen Getiers dem Auge dar-
 boten, die durch Damen der Gesellschaft dargestellt wurden, und deren
 Tanzbewegungen Freude im Orchester einfließen ließen. Günstig aber gab
 es ein ziemliches Durcheinander, aus dem man nicht recht klug ward.
 Doch zum Schluß die alle beimehrende Kräfte ganz überflüssigermasse
 das Wort ergreift, wollte durchaus nicht in den Rahmen des Gesche-
 nisses passen. So gab es an diesem Abend mit seinen nur recht spärlichen
 künstlerischen Eindrücken gar manderlei anzusehen, wennschon ein Teil
 der sehr zahlreichen Zuhörer sich weniger empfunden haben mag,
 wie dies die Dankesbezeugungen beweisen. Curt Hermann.

Städtische Theater. Dienstag, den 13. März, spielt Karl
 Wärsenhausen vom Jülich. Hoftheater in Vera den König in
 Eudermanns Schauspiel „Das Glück im Winkel“ als erste Gast-
 rolle auf. Als zweite Rolle wird er den Ferdinand in
 Schillers Trauerspiel „Kabale und Liebe“ spielen, das Anfang
 April neu einstudiert wieder in den Spielplan aufgenommen wird. —
 Die Aufgabe der neuen Kartenhefte zum zweiten Teil des Jahres-
 anrechts 1918 findet noch bis mit Sonnabend Mittag von 10 bis 11 Uhr
 an der Abendkasse des Neuen Theaters (Vorberaub) statt.

Schauspielhaus. Die Direktion des Schauspielhauses macht darauf
 aufmerksam, daß die für das Ruffi-Caspiel bestellten Karten
 einen Tag vor jeder Vorstellung bis 2 Uhr mittags abgeholt sein müssen,
 da sonst anderweitig darüber verfügt wird.

Schulmedizin. In Königsberg ist der emer. ordent-
 liche Professor der allgemeinen Pathologie und pathologischen Anatomie
 an der dortigen Universität Geh. Medizinalrat Dr. Ernst Reumann
 im 85. Lebensjahre gestorben. Der bekannte Pathologe ist der Entdecker
 der blutbildenden Funktion des Knochenmarkes. — Dem Kassos an der
 Geologischen Landesanstalt in Berlin Dr. phil. Otto Schreiber
 (aus Köln a. Rh.) ist das Prädikat Professor verliehen worden. —
 Der Direktor des pathologischen Instituts an der Berliner Universität
 Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Lubarsch wurde zum jenseitigen
 Professor an der Kaiser-Wilhelms-Akademie für das militärärztliche
 Bildungswesen ernannt.

Holländer, von Lamhänger und Lohengrin bezubären. Das neudeutsche
 Drama weist freilich nur zwei Vertreter auf: Eudermann und Wilhelm
 Meier-Förster. . . .

So wird durch die Nachahmung eines deutschen Verlagsunter-
 nehmens zugleich deutscher Geist in das Land der Rumänen getragen.
 Was dies der beste Weg ist, moralische Erhebungen zu machen, beweist
 das Beispiel der französischen Vertretung in der „Bibliothek für alle“.
 Man kann deshalb dem rumänischen Reclam nur den gleichen Erfolg
 wünschen, wie ihn unsere deutsche „Universalbibliothek“ aufzuweisen hat.

Wohltätigkeitsaufführung im Allen Theater. Die einzelnen
 Nummern dieser Veranstaltung hatte man unter dem Gedonken „Rela-
 dram, Singspiel und Pantomime“ zusammenzufassen gedacht, damit aber
 Royalty, „Tituslover“ und das Menuett aus Beethoven's „Jenae
 Sinfonie“ nicht mit getroffen, mit denen die beiden Teile des ab-
 schlusslosen Programms eingeleitet wurden. Um die Wiedergabe
 machte sich ein selbige's Orchester unter Herrn Weismann's Leitung
 verdient. Nach den Instrumentalvorträgen registrierte Frau Albertine
 Johne Goethes „Brau von Corinth“ und Schillers „Tanz“, wobei sie
 den Mangel an Wohlklang ihrer Stimme durch lebensvolle, zum Innigen
 Empfinden getragene charakteristische Vortragweise reichlich zu ersetzen
 wußte. Die Wirkung wäre gewiß um ein Bedeutendes erhöht worden,
 wenn die Vortragende die Klanghöhe ihres Organs in gleich an-
 geeigneter Weise in Uebereinstimmung mit den Harmonien der be-
 gleitenden Klaviermusik zu bringen gewußt hätte, wie sie dies in rhyt-
 mischer Beziehung tat. Hier war ein launiges Zusammenwirken ihres
 Gesichtslebens mit Herrn Mitja Nikisch zu verzeichnen, der diese melo-
 dramatische Musik von Steiniger und Amelie Nikisch mit schönem,
 weichen Anschlag und viel Wärme des Ausdruckes vermittelte. Bei der
 Vorführung von Oudis einaktigen Scherzspiel „Die Mainknechtin“
 kam der kritisch veranlagte Zuschauer aber nicht zum rechten Ge-
 nuss. So freilich auch unter Herrn Albert Kunze's Leitung, der als
 Richard einen ausgezeichneten reichen Pächter abgab, alles vorbereitet
 war, ward man doch das bedauernde Gefühl nicht los, daß vielleicht
 nicht alles zu glücklichem Ende geführt werden könne. Und in der Tat,
 einige Male war man nahe daran, „umzuercken“. Es wäre auch ein
 Wunder gewesen, wenn ein anderer Eindruck erzielt worden wäre.
 Man bedenke: ein nur wenig mit der Leistung des Orchesters vertrauter
 Dirigent, ein ad hoc zusammengestellte Kapelle, die sich ungewohnten
 Aufgaben gegenübergestellt sah, und schließlich, mit Ausnahme der Herren
 Kunze und Alfred Volz, der den Damen sein zu charakterisieren verstand,
 Mitwirkende, die wohl noch nicht oft auf den Brettern, die die Welt be-
 deuten, gestanden haben, die auch gefänglich mit nur unvollständigen Lei-
 stungen aufzutreten mußten. Nur der Herr Prälaten Bischoff's wußte an-
 genehmerer Lüne anzuschlagen. Große Hoffnungen weckte die Schluß-
 nummer des Abends: die Aufführung des spanischen Tanzspiels
 in einem Akt „Das Abenteuer im Wald“, nach dem Stück von Curt

Ablehnung der Einheitschule in Bayern

München, 13. März. (Drahtbericht unserer Mün-
 chener Mitarbeiter.) Im Landtage kam heute die Frage
 der Einheitschule zur Besprechung. Nach dem Standpunkt des
 Kultusministeriums sind gegen die Reichs-Einheitschule die aller-
 schwersten Bedenken zu erheben. Eine Simultanisierung der
 Volksschule würde in Bayern Kämpfe allerhöchster Art aus-
 lösen. In einer derartigen Kraftprobe aber ist diese Zeit nicht
 geeignet. In Bayern muß deshalb an der konfessionellen
 Bekannntschule festgehalten werden. Durch das
 bayerische Bildungswesen geht ein gesunder demokratischer Zug
 erhalten bleiben muß. Mit dieser Begründung lehnte das
 Kultusministerium die Einführung der Einheitschule ab.

Der Kaiser an die kaufmännischen Verbände

Berlin, 13. März. (Drahtbericht.) Auf das an den Kaiser
 gerichtete Jubiläumstelegramm der Reichstagsung kaufmännischer
 Angehöriger Deutschlands ging folgende Ant-
 wort ein:

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen kaufmännischen Verbände
 hat mir mit dem warmherzigen Gelübde treuer Gefolgschaft eine
 besondere Freude gemacht. Deutzen und das Reich sind geschaffen
 worden durch das innige Zusammenwirken von Geist und Volk, durch
 die uns Deutschen eigentümliche Wechselbeziehung des monarchischen
 und nationalen Geistes. Auf ihr beruht unsere Zukunft, aus ihr
 schöpft wir die Kraft für die Kämpfe, die noch vor uns liegen und
 für die großen wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben, die wir in einer
 immer verändernden Welt zu lösen haben werden. Ich hoffe zuversichtlich,
 daß die bewunderungswürdigen Leistungen aller Volksteile durch einen
 Frieden gekrönt werden, wie ihn die deutschen Erwerbstände zu
 einer gesunden Weiterentwicklung brauchen. Welt helfe weiter.
 Wilhelm I. R.

Die Teuerungszulagen in Preußen

Im verstärkten Haushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses
 erstattete der Berichterstatter für die Frage der Teuerungszulagen
 eingehenden Unterkommision eingehenden Bericht über die
 Beschlüsse. Danach sollen die Kriegsteuerungszulagen
 künftig nicht mehr einheitlich, sondern nach Teuerung
 und nicht teureren Orten gewährt werden. Zu den
 teureren Orten zählen im allgemeinen sämtliche Großstädte und die
 Orte der Wohnungsgeldzuschußklassen A und B sowie einige be-
 sonders teure Industrieorte. Die Höhe der Teuerungszulagen
 werden für die verheirateten Unterbeamten in den
 nicht teuren Orten von 300 auf 600 Mark, für die mittleren Be-
 amten von 540 auf 700 Mark, und für die höheren Beamten von
 720 auf 900 Mark erhöht. Bei den teuren Orten tritt zu diesen
 Beträgen ein Zuschlag von 20 Prozent hinzu. Bestehen bleibt
 daneben ein zehnprozentiger Zuschlag für jedes unverheiratete Kind.
 In den Kriegsteilnehmern tritt keine Veränderung ein, sie werden so
 zu den bisherigen Höhen weiter bezahlt werden. Bei den Be-
 amten im Ruhestand wird der Mindestsatz auf 50 Prozent er-
 höht. Eine Verbesserung der Teuerungszulagen erfahren auch die
 Beamten, die zum Heeresdienst eingezogen sind; nähere Bestim-
 mungen hierüber werden vom Finanzminister erlassen werden, je-
 doch sollen für die Gemeinden und Gemarkungen die Wohnungen nicht
 mehr angerechnet werden, bei den höheren Chargen zum Teil.
 Die ledigen Beamten, die bisher, soweit sie den Unter- und
 mittleren Beamten angehören, gleichmäßig jährlich 300 Mark
 Teuerungszulage erhielten, werden künftig 70 Prozent der Teue-
 rungszulage erhalten, die ihnen verheirateten, kinderlosen Kol-
 legen zusteht. Der Wunsch der Unverheirateten, mit den kinder-
 losen Verheirateten völlig gleichgestellt zu werden, konnte infolge
 des beständigen Widerpruchs der Regierung nicht erfüllt werden.
 Der Finanzminister gab zu diesen Beschlüssen des Un-
 tersausschusses eine Erklärung ab, in der es hieß, daß diese Er-
 höhungen die äußerste Grenze für die Regierung darstellten. Die
 Regierung müsse trotz der Bedenken der Mitglieder des Unter-
 ausschusses an der Differenzierung nach teuren und nicht teuren
 Orten festhalten. Die Erhöhungen würden für die preussischen
 Finanzen 120 Millionen Neubelastung betragen.

Der Verfassungsausschuß des preussischen Abgeordnetenhauses
 wird seine Sitzungen nach Ostern bereits am 11. April beginnen. Man
 nimmt an, daß sich die Fraktionen am 9. oder 10. April mit der Wahl-
 reformfrage beschäftigen werden. Die zweite und dritte Lesung der
 Wahlreformvorlage wird voraussichtlich vor Pfingsten erfolgen, so daß
 die Pfingsttage in die verfassungsmäßig vorgeschriebene Frist von drei
 Wochen, die zwischen der dritten Lesung und der endgültigen Ab-
 stimmung notwendig ist, fallen sollen.

Der neue Kurs. Wie wir hören, werden in den nächsten Tagen
 von Otto Hamann, dem langjährigen Leiter der Presseabteilung des
 Auswärtigen Amtes und der Reichskanzlei, Erinnerungen
 unter dem Titel „Der neue Kurs“ bei Reimar Hobbing in Berlin er-
 scheinen, die angeht die Tätigkeit des Verfassers unter vier Reichs-
 kanzlern. hochinteressante Mitteilungen erwarten lassen.

Die künftige Leistung. Der ganzen Veranstaltung
 oblag, was zu der Bezeichnung „Insonst“ berechtiget, habe ich mich
 vergebens herauszufinden bemüht, es sei denn, daß eben die einzelnen
 Instrumente „zusammenhängen“, und das nicht einmal immer gut. Die
 nicht gerade durch Reichtum der Erfindung und Klangschönheit oder
 Charakteristik der Instrumentation ausgezeichnete Musik steht in ihrem
 ersten Teile mit ihrer großen Aufmerksamkeit der Mittel nur zum ge-
 ringsten im Zusammenhang mit den barocken Vorgängen auf der
 Bühne. Der zweite Teil aber bietet kaum mehr als einen mit der Zeit
 ziemlich einträglich wirkenden Wasser. Auf der Bühne selbst erstreckte
 man sich an dem westlichen, farbigen-bunten Alde, das die Gemänder
 verschiedener verkörperter Insekten und anderen Getiers dem Auge dar-
 boten, die durch Damen der Gesellschaft dargestellt wurden, und deren
 Tanzbewegungen Freude im Orchester einfließen ließen. Günstig aber gab
 es ein ziemliches Durcheinander, aus dem man nicht recht klug ward.
 Doch zum Schluß die alle beimehrende Kräfte ganz überflüssigermasse
 das Wort ergreift, wollte durchaus nicht in den Rahmen des Gesche-
 nisses passen. So gab es an diesem Abend mit seinen nur recht spärlichen
 künstlerischen Eindrücken gar manderlei anzusehen, wennschon ein Teil
 der sehr zahlreichen Zuhörer sich weniger empfunden haben mag,
 wie dies die Dankesbezeugungen beweisen. Curt Hermann.

Städtische Theater. Dienstag, den 13. März, spielt Karl
 Wärsenhausen vom Jülich. Hoftheater in Vera den König in
 Eudermanns Schauspiel „Das Glück im Winkel“ als erste Gast-
 rolle auf. Als zweite Rolle wird er den Ferdinand in
 Schillers Trauerspiel „Kabale und Liebe“ spielen, das Anfang
 April neu einstudiert wieder in den Spielplan aufgenommen wird. —
 Die Aufgabe der neuen Kartenhefte zum zweiten Teil des Jahres-
 anrechts 1918 findet noch bis mit Sonnabend Mittag von 10 bis 11 Uhr
 an der Abendkasse des Neuen Theaters (Vorberaub) statt.

Schauspielhaus. Die Direktion des Schauspielhauses macht darauf
 aufmerksam, daß die für das Ruffi-Caspiel bestellten Karten
 einen Tag vor jeder Vorstellung bis 2 Uhr mittags abgeholt sein müssen,
 da sonst anderweitig darüber verfügt wird.

Schulmedizin. In Königsberg ist der emer. ordent-
 liche Professor der allgemeinen Pathologie und pathologischen Anatomie
 an der dortigen Universität Geh. Medizinalrat Dr. Ernst Reumann
 im 85. Lebensjahre gestorben. Der bekannte Pathologe ist der Entdecker
 der blutbildenden Funktion des Knochenmarkes. — Dem Kassos an der
 Geologischen Landesanstalt in Berlin Dr. phil. Otto Schreiber
 (aus Köln a. Rh.) ist das Prädikat Professor verliehen worden. —
 Der Direktor des pathologischen Instituts an der Berliner Universität
 Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Lubarsch wurde zum jenseitigen
 Professor an der Kaiser-Wilhelms-Akademie für das militärärztliche
 Bildungswesen ernannt.

Holländer, von Lamhänger und Lohengrin bezubären. Das neudeutsche
 Drama weist freilich nur zwei Vertreter auf: Eudermann und Wilhelm
 Meier-Förster. . . .

So wird durch die Nachahmung eines deutschen Verlagsunter-
 nehmens zugleich deutscher Geist in das Land der Rumänen getragen.
 Was dies der beste Weg ist, moralische Erhebungen zu machen, beweist
 das Beispiel der französischen Vertretung in der „Bibliothek für alle“.
 Man kann deshalb dem rumänischen Reclam nur den gleichen Erfolg
 wünschen, wie ihn unsere deutsche „Universalbibliothek“ aufzuweisen hat.

Wohltätigkeitsaufführung im Allen Theater. Die einzelnen
 Nummern dieser Veranstaltung hatte man unter dem Gedonken „Rela-
 dram, Singspiel und Pantomime“ zusammenzufassen gedacht, damit aber
 Royalty, „Tituslover“ und das Menuett aus Beethoven's „Jenae
 Sinfonie“ nicht mit getroffen, mit denen die beiden Teile des ab-
 schlusslosen Programms eingeleitet wurden. Um die Wiedergabe
 machte sich ein selbige's Orchester unter Herrn Weismann's Leitung
 verdient. Nach den Instrumentalvorträgen registrierte Frau Albertine
 Johne Goethes „Brau von Corinth“ und Schillers „Tanz“, wobei sie
 den Mangel an Wohlklang ihrer Stimme durch lebensvolle, zum Innigen
 Empfinden getragene charakteristische Vortragweise reichlich zu ersetzen
 wußte. Die Wirkung wäre gewiß um ein Bedeutendes erhöht worden,
 wenn die Vortragende die Klanghöhe ihres Organs in gleich an-
 geeigneter Weise in Uebereinstimmung mit den Harmonien der be-
 gleitenden Klaviermusik zu bringen gewußt hätte, wie sie dies in rhyt-
 mischer Beziehung tat. Hier war ein launiges Zusammenwirken ihres
 Gesichtslebens mit Herrn Mitja Nikisch zu verzeichnen, der diese melo-
 dramatische Musik von Steiniger und Amelie Nikisch mit schönem,
 weichen Anschlag und viel Wärme des Ausdruckes vermittelte. Bei der
 Vorführung von Oudis einaktigen Scherzspiel „Die Mainknechtin“
 kam der kritisch veranlagte Zuschauer aber nicht zum rechten Ge-
 nuss. So freilich auch unter Herrn Albert Kunze's Leitung, der als
 Richard einen ausgezeichneten reichen Pächter abgab, alles vorbereitet
 war, ward man doch das bedauernde Gefühl nicht los, daß vielleicht
 nicht alles zu glücklichem Ende geführt werden könne. Und in der Tat,
 einige Male war man nahe daran, „umzuercken“. Es wäre auch ein
 Wunder gewesen, wenn ein anderer Eindruck erzielt worden wäre.
 Man bedenke: ein nur wenig mit der Leistung des Orchesters vertrauter
 Dirigent, ein ad hoc zusammengestellte Kapelle, die sich ungewohnten
 Aufgaben gegenübergestellt sah, und schließlich, mit Ausnahme der Herren
 Kunze und Alfred Volz, der den Damen sein zu charakterisieren verstand,
 Mitwirkende, die wohl noch nicht oft auf den Brettern, die die Welt be-
 deuten, gestanden haben, die auch gefänglich mit nur unvollständigen Lei-
 stungen aufzutreten mußten. Nur der Herr Prälaten Bischoff's wußte an-
 genehmerer Lüne anzuschlagen. Große Hoffnungen weckte die Schluß-
 nummer des Abends: die Aufführung des spanischen Tanzspiels
 in einem Akt „Das Abenteuer im Wald“, nach dem Stück von Curt

Besprechungen über die Ostfragen

Berlin, 13. März. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Verschiedene Blätter melden, der Kanzler habe gestern Vertreter der Mehrheitsparteien empfangen und mit ihnen über die Ostfragen, insbesondere über das Polenprogramm, das Schicksal Litauens und der Baltischen Provinzen verhandelt.

Die rumänische Grenzberichtigung

Donnerstag, 14. März. (Drahtbericht.) Die rumänische Grenzberichtigung wird nur auf der Strecke vom roten Turm-Pass bis zum Donauufer gefordert. Die rumänische Regierung hat die bisherige internationale Donau-Kommission, die sogenannte europäische Donau-Kommission, durch eine Kommission der Donauuferstaaten ersetzt.

Erkundungskämpfe im Westen

Berlin, 13. März. (Drahtbericht.) Bei einem erfolgreichen Unternehmen westpreussischer Truppen 8 Meilen nördlich von Valenciennes, wurden außer den 90 gemeldeten Gefangenen mehrere Maschinengewehre und Minenwerfer erbeutet. Die eigenen Verluste waren gering.

Die rumänische Grenzberichtigung

Donnerstag, 14. März. (Drahtbericht.) Die rumänische Grenzberichtigung wird nur auf der Strecke vom roten Turm-Pass bis zum Donauufer gefordert. Die rumänische Regierung hat die bisherige internationale Donau-Kommission, die sogenannte europäische Donau-Kommission, durch eine Kommission der Donauuferstaaten ersetzt.

Die rumänische Grenzberichtigung

Donnerstag, 14. März. (Drahtbericht.) Die rumänische Grenzberichtigung wird nur auf der Strecke vom roten Turm-Pass bis zum Donauufer gefordert. Die rumänische Regierung hat die bisherige internationale Donau-Kommission, die sogenannte europäische Donau-Kommission, durch eine Kommission der Donauuferstaaten ersetzt.

Die rumänische Grenzberichtigung

Donnerstag, 14. März. (Drahtbericht.) Die rumänische Grenzberichtigung wird nur auf der Strecke vom roten Turm-Pass bis zum Donauufer gefordert. Die rumänische Regierung hat die bisherige internationale Donau-Kommission, die sogenannte europäische Donau-Kommission, durch eine Kommission der Donauuferstaaten ersetzt.

Die rumänische Grenzberichtigung

Donnerstag, 14. März. (Drahtbericht.) Die rumänische Grenzberichtigung wird nur auf der Strecke vom roten Turm-Pass bis zum Donauufer gefordert. Die rumänische Regierung hat die bisherige internationale Donau-Kommission, die sogenannte europäische Donau-Kommission, durch eine Kommission der Donauuferstaaten ersetzt.

Die rumänische Grenzberichtigung

Donnerstag, 14. März. (Drahtbericht.) Die rumänische Grenzberichtigung wird nur auf der Strecke vom roten Turm-Pass bis zum Donauufer gefordert. Die rumänische Regierung hat die bisherige internationale Donau-Kommission, die sogenannte europäische Donau-Kommission, durch eine Kommission der Donauuferstaaten ersetzt.

Die rumänische Grenzberichtigung

Donnerstag, 14. März. (Drahtbericht.) Die rumänische Grenzberichtigung wird nur auf der Strecke vom roten Turm-Pass bis zum Donauufer gefordert. Die rumänische Regierung hat die bisherige internationale Donau-Kommission, die sogenannte europäische Donau-Kommission, durch eine Kommission der Donauuferstaaten ersetzt.

Während die Zahl der belgischen Gefangenen neuerdings wieder erheblich gestiegen ist. An einer Stelle gelang es ihnen, einen weit im Ueberflutungsgebiete vorgeschobenen, am Vorabend erst eingeschleppten Posten zurückzudringen und dabei Gefangene zu machen.

Das Ausschließen des russischen Eisens aus dem belgischen Eisenmarkt ist ein Vorhaben, das die russische Eisenindustrie zu empfindlichen Verlusten verurteilt.

Die russische Eisenindustrie ist ein Vorhaben, das die russische Eisenindustrie zu empfindlichen Verlusten verurteilt.

Die russische Eisenindustrie ist ein Vorhaben, das die russische Eisenindustrie zu empfindlichen Verlusten verurteilt.

Die russische Eisenindustrie ist ein Vorhaben, das die russische Eisenindustrie zu empfindlichen Verlusten verurteilt.

Die russische Eisenindustrie ist ein Vorhaben, das die russische Eisenindustrie zu empfindlichen Verlusten verurteilt.

Die russische Eisenindustrie ist ein Vorhaben, das die russische Eisenindustrie zu empfindlichen Verlusten verurteilt.

Die russische Eisenindustrie ist ein Vorhaben, das die russische Eisenindustrie zu empfindlichen Verlusten verurteilt.

Die russische Eisenindustrie ist ein Vorhaben, das die russische Eisenindustrie zu empfindlichen Verlusten verurteilt.

Die russische Eisenindustrie ist ein Vorhaben, das die russische Eisenindustrie zu empfindlichen Verlusten verurteilt.

Die russische Eisenindustrie ist ein Vorhaben, das die russische Eisenindustrie zu empfindlichen Verlusten verurteilt.

Die russische Eisenindustrie ist ein Vorhaben, das die russische Eisenindustrie zu empfindlichen Verlusten verurteilt.

Die russische Eisenindustrie ist ein Vorhaben, das die russische Eisenindustrie zu empfindlichen Verlusten verurteilt.

Die russische Eisenindustrie ist ein Vorhaben, das die russische Eisenindustrie zu empfindlichen Verlusten verurteilt.

Die russische Eisenindustrie ist ein Vorhaben, das die russische Eisenindustrie zu empfindlichen Verlusten verurteilt.

Die russische Eisenindustrie ist ein Vorhaben, das die russische Eisenindustrie zu empfindlichen Verlusten verurteilt.

Die russische Eisenindustrie ist ein Vorhaben, das die russische Eisenindustrie zu empfindlichen Verlusten verurteilt.

Die russische Eisenindustrie ist ein Vorhaben, das die russische Eisenindustrie zu empfindlichen Verlusten verurteilt.

Die russische Eisenindustrie ist ein Vorhaben, das die russische Eisenindustrie zu empfindlichen Verlusten verurteilt.

Die russische Eisenindustrie ist ein Vorhaben, das die russische Eisenindustrie zu empfindlichen Verlusten verurteilt.

Die russische Eisenindustrie ist ein Vorhaben, das die russische Eisenindustrie zu empfindlichen Verlusten verurteilt.

Die russische Eisenindustrie ist ein Vorhaben, das die russische Eisenindustrie zu empfindlichen Verlusten verurteilt.

Die russische Eisenindustrie ist ein Vorhaben, das die russische Eisenindustrie zu empfindlichen Verlusten verurteilt.

Die russische Eisenindustrie ist ein Vorhaben, das die russische Eisenindustrie zu empfindlichen Verlusten verurteilt.

Die russische Eisenindustrie ist ein Vorhaben, das die russische Eisenindustrie zu empfindlichen Verlusten verurteilt.

Die russische Eisenindustrie ist ein Vorhaben, das die russische Eisenindustrie zu empfindlichen Verlusten verurteilt.

Die russische Eisenindustrie ist ein Vorhaben, das die russische Eisenindustrie zu empfindlichen Verlusten verurteilt.

Die russische Eisenindustrie ist ein Vorhaben, das die russische Eisenindustrie zu empfindlichen Verlusten verurteilt.

gegangen. Die Vorlage hat den Zweck, für die erste Zeit nach dem Kriege die schnelle Verabschiedung von Bauanträgen zu ermöglichen und die Gemeinden hierdurch in den Stand zu setzen, dem zu erwartenden Bedürfnis nach Wohnungen, insbesondere Kleinwohnungen, durch schnelle Bereitstellung von Baugrund zu genügen.

Letzte Drahtnachrichten

Amerikanischer Kredit an Kuba. Washington, 13. März. (Reuter.) Die Regierung der Vereinigten Staaten bewilligte der kubanischen Regierung einen Kredit von 15 Millionen Dollar, um Kuba in seinen Kriegsvorbereitungen zu unterstützen, und ferner ein neues Darlehen von 200 Millionen Dollar an England.

Japanische Rücknahme aus Amerika. Kien, 13. März. (Eigener Drahtbericht.) Laut „Kien Jit“ meldet „Kien“ aus New York: Die japanische Regierung ermächtigt zu der Erklärung, ohne genügende Vorbereitungen mit der amerikanischen Regierung werde Japan keinerlei Truppenbewegungen zum Eingreifen in Sibirien ausführen.

Dillon Redmonds Nachfolger. London, 13. März. (Reuter.) John Dillon wurde einstimmig an Stelle Redmonds zum Vorsitzenden der irischen nationalistischen Partei gewählt.

Die englischen Maschinenarbeiter für das Ruhrgebiet. Rotterdam, 12. März. (Drahtbericht.) Neue Rotterdamer Courant zufolge erfahren die „Times“, daß der Maschinen-Arbeiterverband die Rekrutierungsvereinslage in vollem Umfange angenommen hat. Es wurde vereinbart, daß man mit der Aushebung der Mannschaften fortfahre und daß nicht gestreikt wird.

Kriegsentscheidung der deutsch-tirolischen Landesparteien. Wien, 13. März. (Drahtbericht.) Die Wähler melden über eine Versammlung in Innsbruck: Die vier deutsch-tirolischen Landesparteien nahmen eine Entschiedenheit an, in der gemeinsamen Vorgehen mit dem Deutschen Reich in Krieg und Frieden gefordert und als für die tirolischen Deutschen gegenüber Italien besonders wichtig erklärt wird, daß durch die Herstellung einer Tirol besser schaffenden Grenze am Rande des Südtirols mit Einverleibung der alten deutschen Gebiete: Dreizehn Gemeinden, sieben Gemeinden, Flächen und Jahre sowie durch Ausrückung eines ausgiebigen Kriegshofenerlasses Italien für seinen beispiellosen Verrat und Treubruch bestraft und von ähnlichen tückischen Überfällen in der Zukunft abgedrückt werden müsse.

Der Kaiser hörte gestern den Vortrag des Staatssekretärs von Waldow sowie den Generalsstabsvortrag. Er empfing den türkischen Botschafter Haki Pascha und nahm die Meldung des Generalgouverneurs von Weseler entgegen.

Der Pour le Mérite wurde dem Korvettenkapitän Heinecke, dem Kapitänleutnant Wagner und dem Oberleutnant zur See Steinbauer verliehen.

Regierungspräsident von Fidler in Erfurt ist in gleicher Amtsbeziehung nach Frankfurt a. O. über versetzt worden. Zum Regierungspräsidenten in Erfurt wurde Oberpräsident Graf Pückler in Posen ernannt.

Die Versetzung Bolos und Pocheres ist, wie das Reutersche Bureau aus Paris meldet, abgelehnt worden.

Wetterbeobachtungen in Leipzig

Table with 5 columns: Day, Temp. Max., Temp. Min., Wind, and other weather indicators for Leipzig.

Haupt-Schriftleiter: Dr. Erich Goerh. Verantwortlicher Schriftleiter für Politik: Dr. Erich Goerh.

Unsere gestrige Abendausgabe umfaßt 4 Seiten, die vorliegende Ausgabe 10 Seiten, zusammen 14 Seiten.

Wasserdichte Seidenmäntel für Damen

Wir bieten in diesem Artikel eine hervorragende Auswahl in allen Farben, Formen und Preislagen.

H. Hollenkamp & Co. E. Nr. 26-32 Leipzig Ecke Reichstr. Erles Herren-Bekleidungshaus

Die Schiffbaubehatte im Unterhause

Bonn, 13. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Renter aus London berichtet, erklärte bei den Erörterungen über den Schiffbau der parlamentarische Sekretär der Admiraltät Mac Ramona im Unterhause: Wenn die Verluste infolge der Aktion der U-Boote auf der gleichen Höhe blieben, und wenn alle Vertriebenen ihre absolute Unterstützung gewähren, würde der Zeitpunkt kommen, wo die Zahl der neugebauten Schiffe die Verluste überwiegt und die eingefloßenen Verluste sogar ausgeglichen werden können.

Bonn, 12. März. (Drahtbericht.) Lord Bessford richtete im Oberhause die Aufmerksamkeit auf die ersten Vorberemungen, welche der Lauchbootkrieg unter den zwischen Irland und Großbritannien verkehrenden Schiffen anrichte, und was auf die Folgen hin, welche die Verbindungen für die Versorgung des Landes hätten.

Bonn, 12. März. (Drahtbericht.) In einer Versammlung in der Essex Hall in London am 8. März zur Unterzeichnung der Vorschläge Lord Lansdownes wurde ein Schreiben Lord Permoors vorgelesen, der dem zweiten Brief Lansdownes vollen Beifall zollt.

Zu Lansdownes zweitem Brief

Journal du Peuple schreibt: Lansdownes Brief ist von außerordentlicher Wichtigkeit. Offizielle Unterhandlungen, die er wie Herstellung beizumachen, würden viele Mißverständnisse aus der Welt schaffen.

Die Kämpfe in Finnland

Wasa, Hauptquartier, 11. März. In Satakunda demerten die Kämpfe die Nacht hindurch aber mit vermindelter Heftigkeit fort. Bei Jakkis wurden feindliche Abteilungen geschnitten und zerstreut. Bisher wurden als Beute eingebracht: Ein Geschütz, 10 Gewehre, eine ansehnliche Menge Munition und zahlreiche Gefangene.

Vermittlungsversuch der schwedischen Sozialisten in Finnland

Stockholm, 13. März. (Drahtbericht.) Die „Sozialdemokraten“ mittels, kehrten die schwedischen Sozialisten aus Finnland zurück, wo sie verhandeln wollten, zwischen den Weißen Gardeisten und den Roten Gardeisten zu vermitteln.

Die Wünsche Alands

Stockholm, 13. März. (Svenska Telegram Bzoran.) Die Bevölkerung von Aland sandte gleichzeitig an den finnischen Senat, den König von Schweden und den Deutschen Kaiser Telegramme, worin sie anheimstellt, auf dem kommenden Friedenskongress die Wünsche Alands zu beachten und sich zu einer neuen Volksabstimmung bereit erklärt, falls eine der genannten Regierungen es wünsche.

Eine Interpellation über die Vaterlandspartei im Sächsischen Landtage

Dresden, 13. März. (Drahtbericht unserer Dresdner Schriftleitung.) Der Abg. Brodau (Fortschr. Volksp.) hat in der Zweiten Kammer folgende Interpellation eingebracht: Ist der königlichen Staatsregierung bekannt, daß Vorgesetzte amtlich bei den ihnen Unterstellten auf den Beitritt zur Vaterlandspartei und zur Propaganda für diese eingewirkt haben?

Abänderung des allgemeinen Baugesetzes

Dresden, 13. März. (Drahtbericht unserer Dresdner Schriftleitung.) Ein Gesetzentwurf über die Abänderung der Paragraphen 22 und 23 des allgemeinen Baugesetzes vom 1. Juli 1900 ist als königliches Dekret 29 bei der Ersten Kammer ein-

Bekanntmachung

Betreffend Bestandserhebung, Beschlagnahme und Höchstpreise von Kraftwagenbereifungen, ausschließlich Kraftwagenbereifungen.

Vom 14. März 1918.

Nachstehende Bekanntmachung wird auf Befehl des Königlich Preussischen Ministers auf Grund des Gesetzes über den Beschlagnahmeausfall vom 4. Juni 1915 in Verbindung mit dem Gesetz vom 11. Dezember 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 213), des Gesetzes betreffend Höchstpreise, vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 339) in der Fassung vom 17. Dezember 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 419) in Verbindung mit den Bekanntmachungen über die Forderung dieses Gesetzes vom 21. Januar 1915, 23. September 1915, 23. März 1916 und 21. März 1917 (Reichs-Gesetzbl. 1915 S. 2, 103; 1916 S. 183 und 1917 S. 250), ferner der Bekanntmachung über die Sicherstellung von Kriegsgütern in der Fassung vom

- 1) Mit Gelangnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu hundertfünfzig Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft:
1. wer die festgesetzten Höchstpreise überschreitet;
2. wer einen anderen zum Abschluss eines Vertrages auffodert, durch den die Höchstpreise überschritten werden, oder sich zu einem solchen Vertrage erzieht;
3. wer einen Gegenstand, der von einer Aufarbeitung des 2. § des Gesetzes, betreffend Höchstpreise, befreit ist, befreit, befreit oder gefälscht;
4. wer bei Aufarbeitung von Gegenständen, die die Höchstpreise festgesetzt sind, nicht nachkommt;
5. wer Bekannte an Gegenständen, für die Höchstpreise festgesetzt sind, den zuständigen Beamten gegenüber verheimlicht;
6. wer den nach § 5 des Gesetzes, betreffend Höchstpreise, erlassenen Ausführungsbestimmungen zuwiderhandelt.

Bei vorläufigen Verhandlungen gegen Nummer 1 oder 2 ist die Geldstrafe mindestens auf das Doppelte des Betrags zu bemessen, um den der Höchstpreis überschritten worden ist oder in den Fällen der Nummer 2 überdritten werden sollte; übersteigt der Höchstpreis zehnmal den Höchstpreis, so ist auf ihn zu erkennen. Im Falle mildender Umstände kann die Geldstrafe bis auf die Hälfte des Höchstpreises ermäßigt werden.

In den Fällen der Nummer 1 und 2 kann neben der Strafe öffentlich bekanntgemacht werden, dass man neben Geldstrafe auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. Neben der Strafe kann auf Einziehung der Gegenstände, auf die sich die Strafe bezieht, erkannt werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

21. April 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 276) und vom 17. Januar 1918 (S. 57), lautet die Bekanntmachung über Ausnahmefälle vom 13. Juli 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 604) mit dem Betreffenden zum allgemeinen Kenntnis gebracht, daß Sonderbestimmungen nach den in der Einleitung abgedruckten Bestimmungen befristet werden.

Auch kann der Betrieb des Handelsgewerbes gemäß der Bekanntmachung zur Herabsetzung unangenehmlicher Verlusten vom 20. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 608) unterlag unterliegen.

§ 1. Von der Bekanntmachung betroffene Gegenstände. Von dieser Bekanntmachung werden betroffen: sämtliche gebrauchte und ungebrauchte, montierte und nichtmontierte Wagenzweiräder, ferner: a) Radreifen, ferner: b) Felgen, c) Pleueln, d) Pleuellager, e) Pleuellagerbolzen, f) Pleuellagerbuchsen, g) Pleuellagerbolzen, h) Pleuellagerbuchsen, i) Pleuellagerbolzen, j) Pleuellagerbuchsen, k) Pleuellagerbolzen, l) Pleuellagerbuchsen, m) Pleuellagerbolzen, n) Pleuellagerbuchsen, o) Pleuellagerbolzen, p) Pleuellagerbuchsen, q) Pleuellagerbolzen, r) Pleuellagerbuchsen, s) Pleuellagerbolzen, t) Pleuellagerbuchsen, u) Pleuellagerbolzen, v) Pleuellagerbuchsen, w) Pleuellagerbolzen, x) Pleuellagerbuchsen, y) Pleuellagerbolzen, z) Pleuellagerbuchsen.

§ 2. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 3. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 4. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 5. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 6. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 7. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 8. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 9. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 10. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 11. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 12. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 13. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 14. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 15. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 16. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 17. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 18. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 19. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 20. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 21. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 22. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 23. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 24. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 25. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

14. März 1918 (Stichtag) tatsächlich vorhandene Bestand erheben. Nach dem 14. März 1918 aus dem Ausland eingeführte Kraftwagenbereifungen sind unweibepflichtig und eingangs zu melken.

§ 1. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 2. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 3. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 4. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 5. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 6. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 7. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 8. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 9. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 10. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 11. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 12. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 13. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 14. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 15. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 16. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 17. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 18. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 19. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 20. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 21. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 22. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 23. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 24. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 25. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 1. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 2. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 3. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 4. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 5. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 6. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 7. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 8. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 9. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 10. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 11. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 12. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 13. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 14. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 15. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 16. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 17. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 18. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 19. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 20. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 21. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 22. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 23. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 24. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 25. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

§ 26. Weibepflichtige Personen. Zur Weibepflicht sind die im § 1 bezeichneten Gegenstände unterliegen einer einmaligen Weibepflicht.

Sächsische Nachrichten

Dresden, 13. März.

Bei der sächsischen Lebensmittelverteilung arbeitet die Stadt Dresden nicht nur ohne jeden Ruhen, sondern sie hat sogar einen Zehlbetrag im vorigen Jahre von über einer Million Mark geholt. Die Einkaufsgesellschaft Osthaus dürfte 1 v. H. der Zwischenhandel im allgemeinen 3 v. H. aufschlagen, während der Kleinhandel mit einem Wraflon von 18 bis 20 v. H. arbeitet.

Falkenstein, 13. März. Größere Aufkäufe von Stichtmaschinen sind seit längerer Zeit hier und in der näheren Umgebung erfolgt. Die Maschinen werden abgebrochen und an anderen Orten wieder aufgestellt. Da voraussichtlich nach dem Kriege die Nachfrage nach Stichtmaschinen wieder stärker wird und auch wieder Stichtgarn zur Verfügung stehen dürfte, werden voraussichtlich die verkauften Maschinen hier sehr fehlen.

Thüringen und Provinz Sachsen

Weimar, 12. März. Der Geheim Landammerrat Jachau hier überbringt den Betrag von 60.000 Mark in fünfprozentiger Kriegsanleihe der Inhabersfürsorge für Thüringen und Weimar.

Altenau, 13. März. Der Leiter des hiesigen Lebensmittelamtes, Kaufmann Hermann Schubert, wurde anlässlich seines 65. Lebensjahres zum Ehrenbürger ernannt.

Waldk. 12. März. Bei der Abfahrt des Tages von Niederröllingen nach Wilsdorf kam die als Schaffnerin tätige Tochter des Postkutschers Hecker unter die Räder, so daß ihr beide Beine direkt unter dem Rie abgefahren wurden.

Torgau, 12. März. Durch Überfahren getötet wurde auf der Dommitzger Straße der 5 1/2 Jahre alte Sohn der verstorbenen Apothekerin W. Der Kleine, der mit der von einem Begräbnis zurückkehrenden Hülfkapelle mitgehen wollte, achtete nicht auf das Laßgeschirr einer Getreidehandlung, kam dem Pferde zu nahe, stolperte und fiel unter den Wagen, dessen Räder ihm über Leib und Hinterkopf gingen. Er verstarb alsbald.

Halsb. 12. März. Auf dem Breiten Weg wurde ein Soldat von einem Straßenbahnwagen umgefahren und ein Stück mitgeschleift. Bei dem heftigen Fall aus dem Wagen erlitt er einen so schweren Schädelbruch, daß er im Garnisonlazarett seinen Verletzungen erlag.

Handels-Zeitung

Mitteldutsche Privatbank

In der gestrigen Abendausgabe haben wir bereits mitgeteilt, daß der Aufsichtsrat der Mitteldutschen Privatbank, Akt.-Ges., zu Magdeburg in der Bilanzsitzung beschlossen habe, für das Geschäftsjahr 1917 eine Dividende von 7 Proz. zu verteilen. Diese erhöht sich somit gegenüber der für 1916 ausgeschütteten um 1 1/2 Proz. Nach Mitteilung der Direktion des Instituts erbrachten im abgelaufenen Geschäftsjahre, verglichen mit den vier Vorjahren (alles in 1000 M.):

Table with 5 columns: Item, 1917, 1916, 1915, 1914, 1913. Rows include Zinsen, Provisionen, Effekten, Sorten und Coupons, Verfallene Dividenden, Vortrag aus dem Vorjahre, Bruttogewinn.

Hier von gehen ab: Gehälter, Beamtenversicherung, Unkosten und vertragliche Tantiemen mit 4,93 (L. V. 3,94) Mill. Mark, feste Vergütung an den Aufsichtsrat, wie üblich, mit 40.000 Mark und feste Vergütung an den Lokalausschuß mit wieder 40.000 M., ferner Steuern mit 0,63 (0,56) Mill. Mark. Schließlich sind die Abschreibungen auf Bankgebäude und Inventar mit 0,41 (0,20), auf Kontokorrentkonto mit 0,32 (0,28) und auf Abfindung für Geschäftserwerb mit 0,68 (0) Mill. Mark abzusetzen. Danach ergibt sich, wie bereits gemeldet, ein

Reingewinn von 4,61 (4,36) Mill. Mark,

für den folgende Verwendung vorgeschlagen wird: Ueberweisung an den Reservefonds II 300.000 (1.000.000) M., satzungsgemäße Vergütung an den Aufsichtsrat 114.853 (57.742) M. und 4.200.000 (3.100.000) M. als 7 (5 1/2) Proz. Dividende. Auf neue Rechnung wird wie in den beiden Vorjahren nichts vorgelagert. Den Glanzpunkt des Abschusses bildet der Gewinn auf Effekten, der um mehr als 0,9 Mill. Mark gestiegen ist. Auch an Zinsen stiegen die Einnahmen um den ansehnlichen Betrag von rund 800.000 M. Ebenso ging auf Konto Provisionen ein ansehnlicher Mehrbetrag ein; das Plus beträgt hier rund 520.000 M. Der an Sorten und Coupons erzielte Gewinn ist dagegen hinter dem vorjährigen etwas zurückgeblieben. Hieraus ergibt sich, daß der Bruttogewinn die beträchtliche Steigerung um nahezu 2 1/2 Mill. Mark erfahren hat. Dieses Mehr ist zu einem ganz gewaltigen Teile durch größere Aufwendungen aufgezehrt worden. Allein für Gehälter und Geschäftskosten waren dem Vorjahre gegenüber ungefähr 1 Mill. Mark mehr aufzuwenden. An Steuern wurde ein um 60.000 M. höherer Betrag erforderlich. Außerdem sind die Gesamtabschreibungen auf eine Summe bemessen, die die jährliche um 0,9 Mill. Mark übersteigt, ein Mehrbetrag, der zum größten Teile durch eine Abfindung für Geschäftserwerb erforderlich war. Alle Mehraufwendungen zusammen nahmen also nahezu 2 Mill. Mark in Anspruch, so daß aus dem um 2,25 Mill. Mark höheren Bruttogewinn nur ein um 257.000 M. höherer Reingewinn resultiert. Dieses Mehr des Reingewinnes hätte an sich nicht genügt, bei gleichen Zuweisungen wie im Vorjahre eine um 1 1/2 Proz. höhere Dividende auszusütteln. Die Zahlung der 7 Proz. Dividende wird dadurch ermöglicht, daß dem Reservefonds II dieses Mal nur 0,3 Mill. Mark zugewiesen werden. Hierbei ist freilich zu bemerken, daß mit der diesmaligen Dotierung die Reserven auf 10 Mill. Mark gestiegen sind, so daß eine höhere Dotierung des Reservefonds II, als die vorgenommene, nicht nötig war; nachher doch die beiden Reservefonds zusammen mehr als den sechsten Teil des gesamten Aktienkapitals aus.

Die Haupttiteln der Bilanz

sind die folgenden: Aktiva: Kasse, Sorten und Coupons 237,16 (L. V. 16,20), Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen 28,16 (108,16), Guthaben bei Banken, Kommunen und öffentlichen Kassen 64,87 (52,81), Reports und Lombards 67,0 (54,76), Vorschüsse auf Waren 27,41 (17,54), Eigene Wertpapiere

14,88 (16,02), Konsortialbeteiligungen 8,35 (10,22), Dauernde Beteiligungen 13,20 (13,41), Debitoren in laufender Rechnung 71,00 (85,57), Bankgebäude 7,17 (7,14), sonstige Immobilien 0,8 (0,54) und Inventar 0,90 (0,90) Mill. Mark. Von den Debitoren sind 42,7 (54,8) Mill. Mark gedeckt.

Passiva: Aktienkapital unverändert 60, Reserven 9,7 (8,7), Kreditoren 457,96 (298,48), Akzepte und Schecks 7,29 (10,20) Mill. Mark. Von den Kreditoren sind innerhalb sieben Tagen fällig 296,70 (L. V. 200,49) Mill. Mark.

Die Liquidität des Instituts hat sich gegen das Vorjahr ansehnlich erhöht. Nehmen wir die allerflüssigsten Mittel, also Kasse, Bankguthaben, Effekten, Reports und Lombards zusammen, so erhalten wir einen Betrag von 412 Mill. Mark gegen 465,24 Mill. Mark Verbindlichkeiten. Das würde ein Verhältnis von 88,55 gegen 79,9 im Vorjahre bedeuten. Zählen wir zu den flüssigen Mitteln auch noch die Warenvorräte und sonstige börsengängige Effekte hinzu, so berechnet sich die Liquidität auf 93,8 Proz. gegen 82,2 Proz. im Vorjahre. Auch die Mitteldutsche Privatbank geht, wie aus dem Gesagten ersichtlich, den großen Aufgaben, die ihr nach dem Kriege erwachsen werden, voll gerüstet entgegen.

Verschiedenes

Rumänische Staatsanleihe. Wie wir von zuständiger Seite hören, ist jetzt von der Militärverwaltung in Rumänien die Ermächtigung erteilt worden, auch die am 1. März und 1. April 1917 fällig gewordenen Zinsscheine rumänischer Staatsanleihen aus dem Besitze von Angehörigen der Mittelmächte anzukaufen. Der Ankauf wird zu den gleichen Bedingungen wie bisher erfolgen. Derselbe wird auf die im Anzeigenteil veröffentlichte Bekanntmachung verwiesen.

Die Spar- und Gewerbe-Bank in Leipzig. Der Aufsichtsrat schlägt die Verteilung einer Dividende von wieder 6 Proz. aus einem Reingewinn von 67.239 (L. V. 72.961) M. vor. Die Sparanlagen erhöht sich um etwa 0,75 Mill. Mark. Ferner ist das Institut in der Lage, dank der hohen Reserven (diese betragen fast soviel wie die gesamte Geschäftslage) und der großen Geldflüssigkeit, den längst gehegten Plan, die Bank von einer Genossenschaft in eine G. m. b. H. umzuwandeln, jetzt durchzuführen.

Neue Verschmelzung in der Interessengruppe der Disconto-Gesellschaft. Die Vereinsbank zu Hamburg beabsichtigt, die Kieler Vereinsbank zu übernehmen und als Filiale weiterzuführen. Für je 2400 M. Aktien der Kieler Vereinsbank werden 1500 M. Aktien der Hamburger Vereinsbank gewährt. Die Disconto-Gesellschaft ist sowohl bei der Hamburger Vereinsbank als auch bei dem Kieler Institut maßgebend beteiligt. An Stelle des durch Tod ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitglieds Binder soll bei der Vereinsbank in Hamburg Generaldirektor Albert Ballin zur Wahl in dieses Amt vorgeschlagen werden.

Deutsche Grundrentenbank Gotha. Die Tagesordnung der am 10. April abzunehmenden Generalversammlung wird im Anzeigenteil veröffentlicht.

Der Kampf um Kaiseroda. Die Kaliwerke Westeregeln haben ihr Angebot auf die Gewerkschaft Kaiseroda, bei dem sechs Westeregeln-Aktien für einen Kaiseroda-Kux gewährt werden sollten, zurückgezogen, nachdem sich nicht die nötige Zahl von 501 Kuxen zum Umtausch gemeldet hat. Die Gewerkschaft Kaiseroda haben sich nun noch zu entscheiden, ob sie die Offerte der Gewerkschaft Alexanderhall (18.500 M. in bar für einen Kux) annehmen wollen. Bei dem Alexanderhall-Angebot ist die Uebernahme von Kuxen über 750 Stück hinaus als bis zum Winter freibleibend vorbehalten. Es ist zu erwarten, daß die Gewerkschaft Alexanderhall, die die Gewerkschaft Kaiseroda durch ihr Dazwischentreten an der Annahme des günstigeren Angebots von Westeregeln verhindert, nun auch dafür sorgt, daß die Kaiseroda-Gewerkschaft nicht die Gefahr laufen, nunmehr überhaupt nicht oder zu einem den jetzigen Preis von 18.500 M. unterschreitenden Preis die Gewerkschaft zu verkaufen zu sollen.

Greppiner Werke, Akt.-Ges., in Greppin. Das Unternehmen erzielte in 1917 einen Reingewinn von 1,34 (L. V. 0,89) Mill. Mark. Bei Abschreibungen von 0,31 (0,26) Mill. Mark verbleibt ein Reingewinn von bekanntlich 0,81 (0,49) Mill. Mark. Hieraus sollen, wie bereits gemeldet, wieder 16 Proz. Dividende verteilt und 6 (L. V. 0) Prozent Bonus ausgeschüttet werden. Für Kriegsteuer werden 300.000 (59.000) M. zurückgestellt. Als Neuvortrag dienen 62.400 (64.848) M. — In der Bilanz haben sich die Debitoren, einschließlich

0,51 (0,31) Mill. Mark Bankguthaben, auf 0,89 (0,49) Mill. Mark erhöht. Der Effektenbestand hat sich auf 1,0 (0,60) Mill. Mark.

Die Weißblechwalzwerk La Mognera Italiana in Piombino. Bei dem Unternehmen wird aus Kriegsgewinnen eine Kapitalerhöhung um 4 1/2 auf 12 Mill. Lire vorgenommen; außerdem soll durch Ausgabe von weiteren neuen Aktien das Aktienkapital auf 20 Mill. Lire gebracht werden.

Thüringer Wollgarnspinnerei, Akt.-Ges. Interessenten haben in Anzeigenteil die am 21. Dezember 1917 gezeigte Bilanz des Gewinn- und Verlustrechnung.

Norddeutsche Zuckerraffinerie in Hamburg. Wie uns unser langjähriger drahtlich berichteter, erzielte das Unternehmen, laut Geschäftsbericht, in 1917 einen Gewinn von 5,08 (L. V. 6,56) Mill. Mark. Nach Abzug der Unkosten von 4,61 (6,10) Mill. Mark sowie bei Abschreibungen von 0,22 (0,21) Mill. Mark ergab sich ein Reingewinn von 258.172 (252.064) M. Hieraus soll u. a. eine Dividende von 8 (L. V. 6) Proz. verteilt werden; auf neue Rechnung kommen 51.666 (38.117) M. Das betrieblige Ergebnis ist darauf zurückzuführen, daß die früheren Melassebestände zu Melassezucker verarbeitet werden konnten. Die Verwaltung hielt es aber für notwendig, auf die Melasse noch Abschreibungen vorzunehmen.

Thüringer Gangesellschaft. Im Anzeigenteil veröffentlicht die Gesellschaft die Nummern der aus dem 1. April 1917 resultierenden Bilanz, Ausgabe 1916, deren Rückzahlung vom 1. Juli d. J. ab erfolgt. Eine Restantenliste befindet sich ebenda.

Hohburger Quarz-Porphyrwerke, Akt.-Ges., in Röcknitz, Bezirk Leipzig. Die in Leipzig abgehaltene Generalversammlung genehmigte die Verteilung einer Dividende von 6 Proz. Das ausgeschiedene Aufsichtsratsmitglied Justizrat Dr. Müller wurde wiedergewählt und Bankdirektor Ernst Petersen der von Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt dem Aufsichtsrat zugewählt. Das Unternehmen ist im neuen Jahre flott beschäftigt und hat fast seine gesamte Produktion bereits verschlossen.

Reudener Ziegelwerke vorm. Clemens Dehnert, Akt.-Ges. Durch Bekanntmachung im Anzeigenteil werden die Aktien für den auf den 6. April dieses Jahres abzunehmenden Generalversammlung eingeladen.

Sächsisch-Böhmische Portlandzementfabrik, Akt.-Ges., in Dresden. Das Unternehmen schließt das Jahr 1917 mit einem Fehlbetrag von 143.535 M. ab, der aus der Sonderreserve gedeckt wird; im Vorjahre ergab sich ein Reingewinn von 43.302 M. Im neuen Betriebsjahr ist eine nennenswerte Erhöhung der österreichischen Verkaufspreise eingetreten.

Porzellanfabrik Ph. Rosenthal & Co., Akt.-Ges. Interessenten finden in Anzeigenteil die Tagesordnung der auf den 18. April d. J. abzunehmenden Generalversammlung.

Kabel- und Gummifabrik Pirelli in Mailand. Das Unternehmen erhöht aus seinem Kriegsgewinn sein Aktienkapital um 3 auf 24 Mill. Lire und verwendet weitere 3 Mill. Lire zur Schaffung eines Gewinnbeteiligungsfonds für ältere Arbeiter und Beamte.

Dividendenerklärungen

- Eisenwerk Wulfel 15 (L. V. 12) Proz. aus einem Reingewinn von 0,60 (0,48) Mill. Mark.
Credit Italiano 7 (L. V. 6) Proz.
Stuttgarter Straßenbahn 10 (L. V. 9) Proz.
Italienische Mittelmeer-Bahn wieder 1 1/2, Proz.
Portlandzement- und Wasserkalk

Leipzig und Umgebung

Deutsch-türkischer Gesellschaftsabend

Am ersten Male trat gestern die junge Ortsgruppe Leipzig der Deutsch-Türkischen Vereinigung mit einer bedeutsamen Veranstaltung, einem deutsch-türkischen Gesellschaftsabend, verbunden mit einer Ausstellung türkischer Kultur- und Wirtschaftsgegenstände, vor die Öffentlichkeit...

In der Besprechung des in Aussicht genommenen Lichtbildervortrages von Dr. Armin Wagner hielt der bekannte Wirtschaftspolitiker Paul Rohrbach einen entgegenstehenden Vortrag über die Wirkungen der östlichen Friedensschlüsse auf dem Orient...

Päckerverkehr während der Osterzeit. Zur glatten Abwicklung des Päckerverkehrs während der Osterzeit treten für die Zeit vom 24. bis einschließlich 30. März die nachstehenden Beschränkungen ein:

Ratsbeschlüsse. Man nahm Kenntnis von einer Einladung zur Einmietung des neuen Pfarrers von Leutzsch, Pastor Magawitz von Raitz, am 7. April 1918, sowie von einem Beschlusse der Oberrealchule...

Wegen Auslieferung der 1900 Geborenen an den früheren Geburtsjahrgänge ist Bekanntmachung an den Anschlagtafel erlassen, auf die hierdurch hingewiesen sei.

Bauverein zur Beschaffung preiswerter Wohnungen in Leipzig (E. O. M. H. H.). Am 1. Januar 1918 waren 130 000 000 Mark in Leipzig im Umlauf...

Deutsche Kolonialgesellschaft, Abteilung Leipzig. Den gestrigen Vortragsabend im Großen Festsaal des Zentraltheaters eröffnete der Vorsitzende, Reichsgerichtsrat Dr. O. Schwarz, mit der Mitteilung, daß der Vorstand einstimmig beschloffen habe, den derzeitigen stellvertretenden Vorsitzenden, Professor Dr. Richard Kölliger, der in diesen Tagen 25 Jahre dem Verein angehört...

Ein „Arbeitsausschuß für vaterländische Aufzucht“ wurde am 7. Februar in L.-Schleusig infolge einer Anregung der Leipziger Kriegsmittelsstelle unter Vorsitz des Schuldirektors Gleißner gegründet...

im Saale „zum Effertale“ in L.-Schleusig statt. Im Mittelpunkt stand ein Vortrag des Intendantenprofessors Trecht, wirtschaftlichen Fachreferenten der Kriegsmittelsstelle. Er hatte es sich zur Aufgabe gemacht, 1000 Ansichten über unsere Rohstoffverhältnisse richtigzustellen...

Johannisgemeinde. Am Montag, dem 18. März, abends 8 Uhr, wird im Restaurant Bawers Brauerei, Täubchenweg 7, Kantor Prof. Köstlich über „Das deutsche Lied im Felde“ sprechen...

Herrenlose Gegenstände. Am 4. d. M. trat in der Kochstraße ein 12jähriger Knabe an einen Rollkutschler heran und sagte ihm, daß er einen Handwagen geladen und davonfahren sei...

Mariel Diebstahl. Aus dem Schaufenster des Samengeschäfts von Bergmann, Neumarkt 7, haben Diebe in der Nacht zum Sonntag 2 jeinere Erbsen gestohlen, die Kontrollkassette und den Schreibstift erbrochen...

W. P. Anwendung von Brotmarken. Eine Angestellte in einem größeren Betriebe in der Südvorstadt entwendete fortgesetzt eine große Anzahl Brotmarken, auf die, um es nicht auffällig zu machen, bei verschiedenen Bäckern nochmals Broten von den Angehörigen der Angestellten zu den üblichen Tagespreisen entnommen wurden...

Kochsch. 18. März. Dem verdienten Seelherger der Gemeinden Kochsch und Schönau Dr. phil. Franz Schneidermann ist der Titel Kirchenrat verliehen worden. Die Verleihungsurkunde wurde ihm heute durch Konviktsrat Jenker überreicht.

Kochsch. 18. März. Die Gründer der A. Körtling & Rath lesen, A.-G., übermieten der Gemeinde eine „Kochsch“- und eine „Matthiessen“-Stiftung. Die erste mit 30 000 Mk. soll der Unterhaltung solcher Einwohner dienen, die durch den Krieg in eine besondere Notlage gekommen sind...

Böhlitz-Graben. 13. März. Die Einnahme der Kriegskasse betrug im Februar 1873 1000 Mk. und die Ausgabe 2308 Mk. Für bedürftige Konfirmanden wurden 1000 Mk. und für 1988 Freipartitionen Essen aus der Volkshäule 1935 Mk. aufgewendet...

Aus den Lichtspielhäusern

Kammer-Spielplan. Das beliebte dramatische Lichtspielhaus am Königsplatz bietet für die neue Spielwoche wieder ein hervorragendes Doppelprogramm, in dem auf weitestgehender Weise das wirkliche Drama „Ein Lichtstrahl im Dunkeln“ mit der großen Sensation in „Die Kameelienhändlerin“...

Geschäftsverkehr

Lebensversicherung. Die Königlich-Preussische Allgemeine Lebensversicherungsgesellschaft hat ihre hiesige Geschäftsstelle, Firma W. G. Richter, Promenadestraße 10, Verbandsgebäude gegen Eisenbahn-Tagelöhner (früherlich der Straßenbahn) verlegt...

Kirchliche Nachrichten

Lutherkirche. Heute, Donnerstag, abends 8 Uhr, Baffionsandacht im Gemeindehause, Schreiberstraße 11, Pastor D. Jermoloff.

Pollich

Meine Auswahl in Damen-Kleidung, Seidenstoffen ist heute noch so groß, daß ich allen Anforderungen, auch den weitgehendsten, entsprechen kann. Meine Qualitäten sind als vorzüglich bekannt. Meine Preise sind billig.

Damen-Kleidung

- Blusen aus weichem Wollstoff, Kleidform, mit reicher Spitzenverzierung... 35.00
Blusenröcke aus schwarz-weiß gestreiftem Stoff, sehr flotte Form... 46.00
Jacken-Kleider aus weichem reitmoellen. Cheviot... 50.00
Schöne Nachmittagskleider aus lila Kollenne mit Spitzen garniert... 138.00
Mantel aus schwarzem Taffet, flotte Gürtelform, mit großem Kragen und Knopferverzierung... 76.00
Mantelkleid aus blauem Stoff, elegante Gürtelform, mit Watistkragen... 106.00
Morgenjacken aus geflümmtem Wollstoff, flotte halbfreie Form, mit farbigem Satinkragen... 10.75

Seiden-Stoffe

- Schwarz, Taffet, 1a-Qualität, 98 cm br. 22.00
Baßseide mit farbigen Tupfen, 75 cm breit 18.50
Blusenstoffe, grau schwarz gestreift... 9.75
Taffet für Kleider und Blusen klein gemustert, in vielen Auslieferungen, 90 cm br. 27.25
Paillette-Seide für Blusen, dk. gestreift, 11.50 10.75
1a-Blusenstoffe, weiß, hellblau, rosa, 90 cm breit... 22.50
Kollenne, dunkelblau, ca. 90 cm breit... 19.75
Kunstseide, kariert, mittelgroß ca. 65 cm breit... 14.50

Damen- und Herren-Handschuhe

- Damen-Zwirn-Handschuhe, schön, Farben, vorzügliche Qualitäten... Paar 6.75, 2.50, 2.00
Damen-Seiden-Handschuhe, Prima-Qualitäten, alle Größen... Paar 7.40, 4.65
Damen-Glace-Handschuhe, weiches, dehnbare Leder... Paar 7.40, 4.65
Damen-Mocha-Handschuhe, alle Größen, moderne Farben... Paar 18.50, 15.00
Herren-Zwirn-Handschuhe, Prima-Ware, alle Größen... Paar 2.75
Herren-Seiden-Handschuhe, Prima-Qualität, schön sortierte Farben... Paar 7.40
Herren-Leder-Handschuhe, Prima-Qualitäten... Paar 18.00, 12.00, 7.75

Mittelstandsfragen im Reichstage

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung)

Wir alle haben im Kriege sehr gelitten. Am meisten litt aber und leidet noch der Mittelstand. Zumal die ganz kleinen, nur auf zwei Augen gestellten Betriebe sind schlechthin ruiniert. Die leeren kleinen Läden, die geschlossenen Friseurgeschäfte, reden eine schmerzliche Sprache. Und so ist es schon zu begreifen, daß man den Wunsch gehabt hat, diese Dinge auch einmal im Reichstage zu erörtern, um in gemeinsamer Aussprache den Weg zu suchen, wie dem Uebel zu wehren oder wie wenigstens ein Teil der zerstörten Existenzen im Frieden wieder aufzurichten wäre. Diesem Zwecke dienete die Mittelstandsinterpellation des Zentrums, über die der Reichstag sich heute unterhält und auch morgen noch sich unterhalten wird.

Dem Hause freilich ist es nicht anzusehen, einem wie ernstes Gegenstand der Reichstag heute seine Arbeit widmet. Es ist die typische Befragung der Mittelstandsdebatte: ringsum leere Bänke, in jedem Block eigentlich nur die paar Sachverständigen, die sich zu solchen Fragen zu äußern pflegen. Und das wirkt natürlich auch auf die Aussprache: Leere Bänke legen sich lähmend auf Hörer wie Redner. Aber auch, was die Regierung zu dem Problem zu sagen hat, ist nicht eigentlich geeignet die Sorgen zu verschleuen und die Hoffnungen zu beleben. Nachdem Herr Trl vom Zentrum die Interpellation begründet hat, erhebt sich Herr von Stein, der neue Leiter des Reichswirtschaftsamtes, um ein Bündel guter Wünsche über die Versammlung auszustreuen. Man sei von der Notwendigkeit überzeugt, einen gesunden Mittelstand zu erhalten, man sei auch entschlossen die Wunden zu heilen, die der Krieg ihm schlug. Man hoffe auf Anregung, die die Verhandlungen bringen würden, aber was denn eigentlich die Regierung selber von sich aus zu tun gedenke, verrät der Staatssekretär nicht. Zumal über die sehr dringliche Frage der Rohstoffbeschaffung weiß er eigentlich nichts Sicheres und Bindendes zu künden: Es würde, wenn der Heeresbedarf nicht mehr im Vordergrund stehe, nicht nötig sein, alles von Amts wegen anzuordnen. Eine freie Selbstverwaltung würde die amtliche Verteilungsmaschine ersetzen können, aber die Hauptfrage bleibt doch, daß der Gedanke der Arbeits- und Erwerbsgemeinschaft auch bei Handwerkern und Kleinkaufleuten mehr Wurzeln fasse. Aber was sind Hoffnungen, was Entwürfe!

In der Aussprache kam heute nur noch ein Redner der sozialdemokratischen Mehrheit, Professor Dormann vom Fortschritt und für die Nationalliberalen der Abg. Lübel, der seines Zeichens Bäckereimeister ist, zu Worte. Morgen soll für die Nationalliberalen Herr Schulerburg sprechen.

Am Ende des Bundesrats: Freiherr von Stein. Vizepräsident Dove eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 Minuten.

Interpellation über den Mittelstand

Die Interpellation des Zentrums lautet: Die wirtschaftlichen Verhältnisse des selbständigen gewerblichen Mittelstandes, im Handwerk, Kaufmannstand und der Kleinindustrie, die schon vor dem Kriege sehr schwierig waren, sind durch die lange Dauer des Krieges und die tief einschneidenden behördlichen Maßnahmen noch wesentlich verschlechtert worden. In einer leistungsfähigen Wirtschaftspolitik gehört die Erhaltung möglichst vieler selbständiger lebensfähiger Existenzen im Gewerbe-stand. Welche Maßnahmen gedenkt der Herr Reichskanzler über den selbständigen Mittelstand zu treffen, um die Schädigung desselben möglichst hinauszubalten und seinen Wiederaufbau in die Wege zu leiten? Abg. Jell (Ztr.) begründet die Interpellation: Wir haben nicht nur für den Mittelstand Interesse, sondern auch für alle anderen Bevölkerungskreise: Der Krieg hat bewiesen, daß die kleinen Betriebe ebenso notwendig sind wie die großen. Wir sprechen ausdrücklich von einem lebensfähigen Mittelstand. Unsolche Scheinexistenzen wollen wir nicht heilen. Die Grenzen des Mittelstandes nach oben und unten sollen nicht zu eng gefaßt werden.

Die leeren Werkstätten, die leeren Läden in den Straßen reden eine ernste Sprache. Nicht nur durch Einziehung der Inhaber ist diese Stilllegung erfolgt, sondern auch durch den Mangel an Rohstoffen. Die Handwerker müssen sich die Durchführung von Arbeitsverordnungen gefallen lassen, die von Leuten erlassen sind, die zu keinen der Arbeitertätigkeiten fähig sind und alles vom grünen Tisch aus betrachten. Die Lehren eines Brentano sind für das Handwerk immer verhängnisvoll gewesen. Während des Krieges und in der Uebergangszeit sind Eingriffe in das Wirtschaftsleben nicht zu vermeiden, aber diese Eingriffe von oben dürfen nicht stärker sein, als es aus militärischen Gründen unbedingt notwendig ist. Unterstaatssekretär Dr. August Müller hat sich gegen die Rücksichtslosigkeit, von denen wir uns in unserer Mittelstandspolitik leiten lassen, ausgesprochen und die englisch-amerikanische Methode der Arbeitsteilung empfohlen. Wir wollen nicht nur Kleinbetriebe mit gutbezahlten Direktoren und Aufsichtsräten haben, sondern auch selbständige Mittelstands-Existenzen. (Beifall im Zentrum.) Das Vorwärtstreben unterdemittelständler darf nicht durch die Behörden und die Kapitalisten unterdrückt werden. In der Landwirtschaft erzeugen die Kleinbetriebe, gegen die sich Dr. August Müller auch gewendet hat, ebensoviel wie die großen Betriebe, und sie sind für den Staat mindestens ebenso wichtig. Rathenau, dessen Verdienste wir gern anerkennen, geht in seinen Ansichten über

das so wichtige Gut der selbständigen Existenzen halt hinweg. Sein System wird uns durch dessen Unterdrückung viel mehr schaden als nützen. In den Kleinbetrieben wird auch viel mehr Material gespart, als in den Großbetrieben. Im Interesse des Mittelstandes lehnen wir diese Gedanken Dr. August Müllers und Rathenaus entschieden ab. Die Zentralisationsbestrebungen, wie sie sich durch die aus dem vollen schöpferischen Kriegesgeist entspringen, wie sie sich durch die Spiel ja keine Rolle —, sehen wir namentlich in Bayern mit großer Sorge. Das zeigt sich auch bei den Rathenau. Wie kann man in der Zeit der Rohstoffnot die Wassermühlen zugunsten der Grohdampfmaschinen mit ihren Riesengewinnen stilllegen? Weil der Militärverwalter herrscht über die Rathenauische Welt. Sie glaubt, daß nur ein Großbetrieb leistungsfähig sei. So wird den Großfirmen der Profit in die Tasche gesteckt. Wir wollen, daß die Organisationen des selbständigen Handwerks, wenn sie leistungsfähig sind, berücksichtigt werden. Das Kriegsamts befragt die Fabriken in einer Weise, daß das Reichswirtschaftsamts kaum imstande sein wird, die Schäden des Mittelstandes wieder gutzumachen.

Besteht denn gar keine Fühlung zwischen der Wanda und dem Reichswirtschaftsamts? Die selbständigen Handwerker werden viel zu sehr zum Hilfsdienst herangezogen. In den Straßen der Großstädte und in den Bureau des Kriegesgesellschaften kummeln noch viele Leute herum, die man viel eher zum Hilfsdienst einstellen sollte. Für den Wiederaufbau des Handwerks bedarf es dreier Dinge: Arbeitsgelegenheit, Rohstoffbeschaffung, Kredit. An Arbeitsgelegenheit wird es nicht fehlen. Die Rohstoffbeschaffung wird wohl am besten durch Genossenschaften erfolgen. (Beifall im Zentrum.)

Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes v. Stein: Vor dem Kriege hatte sich im Handwerk manches gebessert. Freundliche Töne belebten das Bild. Der Krieg hat das von Grund auf geändert, und mit den Fragestellern erkennt die Regierung die Notwendigkeit an, dem entstandenen Schaden entgegenzuwirken. Wir hoffen, daß es nur Kriegsschäden sind, die mit dem Kriege von selbst verschwinden werden. In erster Linie ist

die Allokation von Betrieben zu nennen, eine Maßnahme, von der wir mit aller Bestimmtheit annehmen können, daß sie nur auf den Rohstoffmangel zurückzuführen ist. Nach Möglichkeit sind die stillgelegten Betriebe aus Gewinnen der weiterarbeitenden Betriebe schadlos gehalten worden. Trotzdem war

die Allokation für viele kleine und handwerksmäßige Betriebe eine harte Maßnahme. Bei vielen ist es fraglich, ob sie später den Betrieb wieder aufnehmen können. Die Regierung wird alles tun, um diese Sorge von ihnen zu nehmen. Allokationen in größerem Umfang werden nicht mehr in Aussicht genommen, wenigstens soweit handwerksmäßige Betriebe in Frage kommen. In allen Fällen werden die betreffenden Kreise zu Rate gezogen werden. Die Gewerbetreibenden dürfen ihrerseits nicht vergessen, daß sie mit Arbeitskräften und Rohstoffen, ganz besonders mit der Kohle, sparsam wirtschaften müssen. Unbegünstigungen und Schädigungen müssen als patriotische Pflicht ertragen werden. Die schwierigste Frage ist die Rohstoffbeschaffung. Hier spielt das Kriegsamts eine große Rolle.

Zwei Ansichten über die künftige Verwirklichung der Rohstoffe bekämpfen sich. Die eine erwartet alles Heil von der vollen Rückkehr zur Freiheit des Handels, die andere von dem Ausbau der durch den Zwang des Krieges geschaffenen amtlichen oder unter amtlicher Leitung stehenden Stellen. Die tatsächliche Entwicklung wird sich wohl in der Mitte halten. Soweit wir die Rohstoffe nicht genügend im Inlande herstellen, werden wir noch auf absehbare Zeit mit starker Anspannung zu rechnen haben. Da aber die Bedürfnisse der Bevölkerung gegenüber dem Heeresbedarf mehr in den Vordergrund rücken, wird es nicht mehr nötig sein, alles von Amts wegen anzuordnen. Eine freiere Selbstverwaltung wird die amtliche Verteilungsmaschine unterstützen und allmählich ersetzen können und müssen. Ein Teil unseres Volkes hält sich fest an der Selbständigkeit der eigenen Wirtschaft, der Bauer sowohl als auch der Kleinhandwerker und der Handwerker, und der Gedanke der Arbeits- und Erwerbsgemeinschaft findet vielfach innere Widerstände. Diese Widerstände müssen überwunden werden, wenn der Handwerker gegenüber den Fabrikbetrieben dauernd seinen Platz behaupten will. Die Möglichkeit muß dazu geboten werden.

Die Bildung von leistungsfähigen Lieferungsverbänden soll erleichtert werden; dann müssen ihnen Aufträge zugewiesen werden. Neben der Eröffnung von Kreditmöglichkeiten sollen sowohl für die beimtenden Krieger, wie für die Kriegserwitzen Verordnungen geschaffen werden. Unser Heer des Reichs schreitet nicht gegenüber dem Wunsche nach unmittelbarem Wohlfahrtsmaßnahmen wohl zurückhaltend sein. Die Erfahrungen nach dem Kriege 1870/71 weisen darauf hin. Damals hat das Reich für den Mittelstand 12 Millionen aufgewendet, eine für die damaligen Verhältnisse ansehnliche Summe. Inwiefern das Reich jetzt in der Lage sei, in dieser Weise einzugreifen, steht dahin. Die Reichsverwaltung verfolgt heute die Mittelstandsfragen mit Aufmerksamkeit. Wir sind von der Notwendigkeit überzeugt, dem Lande einen gesunden Mittelstand zu erhalten, und wir sind entschlossen, die Wunden zu heilen, die der Krieg geschlagen hat.

Abg. Brühne (Soz.): Vor dem Kriege wurden wir vielfach als Feinde des Mittelstandes hingestellt. Daran glaubt heute kein Mensch mehr. Laufende von Handwerkern, die im Felde stehen, werden sich nach dem Kriege der Sozialdemokratie anschließen. Für Aufklärung sorgen der Krieg und der Großkapitalismus. Mit schönen Worten ist dem Mittelstand nicht geholfen. Wenn der Krieg noch bis zum Winter dauert, sind die letzten selbständigen Handwerker bei uns verschwunden. Für die Kriegsbeschädigten hat man nur schöne Worte, die Leuten sucht man vergebens. Der Redner bekräftigt den

Fall Behr-Pinnow. Ich fürchte, wenn die Gerichte sich damit befassen, daß die Sache ausgeht, wie der Fall Philipp in Wiesbaden, wo Freisprechung erfolgte. In den Unternehmern klebt der Schweiß und das Blut der Arbeiter. Die Daimler-Gesellschaft hat ungeheure Gewinne eingefakt. Sämtliche Anlagen, die mit mehr als fünf Millionen noch im Vorjahre zu Buche standen, sind bis auf eine Mark abgeschrieben. Warum wird so etwas nicht verhindert? Sind solche Kapitalismen schlimmer oder Straßenräuber? Hier wird das ganze deutsche Volk ausgeplündert.

Abg. Dormann (Fortschr. Volksp.): Die Lage des Mittelstandes ist leider bitter ernst. Dem Gedanken, durch Gesetze dem Handwerk zu helfen, stehen wir skeptisch gegenüber. Wir können viel besser, aber nicht alles leisten. Hier muß Selbsthilfe eingreifen, namentlich in Form der Genossenschaften, die allerdings nicht zur Ausschaltung des Handels führen soll und darf. Wir haben noch eine starke Mittelschicht, aber sie wird von oben und unten benagt. In der Uebergangszeit wird wohl das Handwerk genug zu tun haben. Von Heer und Marine sind vor dem Kriege schon Aufträge an das Handwerk erteilt worden. Wenn das nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist, so liegt die Schuld daran vor allem an der ungenügenden Organisation des Handwerks. Beruflich ist das Handwerk genügend organisiert, aber nicht wirtschaftlich. So sehr wir die Einführung des freien Handels wünschen: In diesem Umfange ist es nach dem Kriege nicht gleich gegeben können. Die Kreditfrage ist die Krone der Mittelstandsfrage.

Abg. Lübel (Nat.): Die Selbsthilfe, die ich durchaus befürworte, reicht nicht aus. Der Staat muß helfen. Bei der Verteilung der Rohstoffe muß das Handwerk ausreichend berücksichtigt werden. Eine strenge Rationierung wird dabei notwendig sein.

Die Rohstoffe müssen auf Kredit gegeben werden. Auch zur Beschaffung von Handwerkszeug müssen Darlehen gewährt werden. Dabei könnte das Reich vielfach die Bürgschaft übernehmen. Bei vielen Arbeiten für Heer und Marine muß das Handwerk zugezogen werden. Beratungsstellen sind erforderlich. So wird es möglich sein, den Wiederaufbau des Mittelstandes in die Wege zu leiten. Das Haus verläßt sich. Donnerstag 2 Uhr: Weiterberatung. Schluß: nach 8 Uhr.

Finnland und wir

© Berlin, 13. März. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Sozialdemokratische Fieber haben in den letzten Tagen mehrfach die Dinge in Finnland so geschildert, als ob da von uns ein unbedeutender Eingriff in den Bereich eines fremden Landes verübt würde. Herr Dr. David, dem ein stark ideologischer Drang vielfach die Erkenntnis der wirklichen Verhältnisse trübt, hat neulich gemeint: In Finnland widerstrebt nur die alte schwedische Aristokratie dem heutigen Sozialismus und dem demokratischen Fortschritt. Was ist — man kann es ruhig aussprechen — in der Welt?

Es ist richtig: Ehedem haben die Gesellschafts- und Volksverhältnisse in Finnland nicht viel anders als in Estland. Ueber der Walle des finnischen Volkes erhob sich eine Aristokratie der alten schwedischen Einwanderer, die den Großgrundbesitz und die Bourgeoisie des Landes darstellte. Aber das war einmal. In Finnland erleben wir den eigentümlichen Prozeß, der sonst wohl kaum irgendwo feinesgleiches findet, daß die beiden Völker, die auf dem Kolonialboden zusammen siedeln, die ursprünglichen Einwohner und die zugewanderte Minderheit, miteinander ringen, dann aber freiwillig zu einem neuen Volk zusammenwachsen. Es gibt in Finnland heute kaum mehr Finnomanen, und es gibt keine eigentlichen Schweden mehr, die nach dem Mutterlande, das ja auch niemals sich besonders freundlich erwiesen hat, zurückzögen. Es gibt nur noch Finnländer. Und diese Finnländer haben gemeinsam seit Jahrzehnten nach ihrer Unabhängigkeit von Rußland gestrebt und haben keinen andern Wunsch, als das mühsam Errungene zu bewahren. Ihren Ausdruck findet diese Tatsache unter andern auch schon darin, daß die hiesige finnländische Kangelzeit jetzt fast ausschließlich von Finnen geleitet wird.

Was zurzeit in Finnland unter dem General Wannerheim und den weißen Truppen in den paar Großstädten des Südens ein Schreckensregiment geführt hat und zum Teil leider noch führt, ist der Abbau dieser Städte, denn es sind Massen des flüchtigen Standes, der die Aufrechterhaltung seiner Kräfte vom russischen Volkswirtschaftsbezog. Mit diesem Abbau ihrer Großstädte werden die Finnländer allein unweilfertig fertig werden, mit der russischen Soldateska, die alle Nacht und Disziplin verloren und sich längst in Räuberbanden verwandelt hat, nicht. Es geschieht also im Interesse des Friedens, den wir mit der rechtsinnigen finnischen Regierung abgeschlossen haben, wenn wir ihr helfen, die landfremden Räuber aus dem Staat zu scheuchen, mit dem wir sofort in Frieden und Freundschaft zu leben gelobt haben.

Die sächsische Kartoffelversorgung in der Zweiten Kammer

(Drahtbericht unserer Dresdner Schriftleitung)

Am Regierungstisch die Staatsminister Graf Dönhof von Eckardt und von Seydewitz. Präsident Dr. Vogel eröffnet die Sitzung um 12 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen zunächst einige Eisenbahnanforderungen aus dem außerordentlichen Haushaltsplan. Sie werden antragsgemäß unvorbereitet bewilligt. Es folgte die Interpellation des Abg. Koch (Fortschr. Volksp.) und Genossen, betreffend die neuesten Sperreanordnungen im Kartoffelverkehr.

Abg. Koch führt zur Begründung aus, die Einführung der Landeskartoffelkarte im vorigen Herbst, d. h. die Erlaubnis, Kartoffeln von auswärts zentnerweise zu beziehen, habe allgemeine Genugtuung hervorgerufen. Andererseits habe auch die Befürchtung bestanden, daß wieder eine Aenderung eintreten werde. Tatsächlich sei dann auch, nachdem die Karte A und B beliefert worden seien, am 6. Februar 1918 eine Verfügung erschienen, daß die Karte C nur innerhalb des Kommunalverbandes bis zum 10. März beliefert werden dürfe und erst nach diesem Tage wieder die Freizügigkeit eintrete. Damit hätte man sich noch abfinden können, aber am 28. Februar sei in einer Nachtragsverordnung bestimmt worden, daß der Beginn der Belieferung bis auf den 25. März, also um 14 Tage, hinausgeschoben werde und die vier Amtshauptmannschaften Bautzen, Borna, Döbeln und Meißen, also gerade

die kartoffelreichsten, seien dauernd gesperrt worden. Daraus hätten sich schlimmere Folgen ergeben. Der Schleichhandel sei wieder aufgelebt. Der Vorrat bei den Erzeugern werde nicht genügend erfaßt und die Belieferung werde auf Schwierigkeiten stoßen, weil die landwirtschaftlichen Arbeiten jetzt wieder aufgenommen seien und der Eisenbahnverkehr gerade in der Osterzeit besonders belastet sei. Er bitte, die Sperre aufzuheben oder die Verordnung wenigstens zu mildern. Er müsse davor warnen, die Bevölkerung zu verstimmen.

Minister Graf Dönhof von Eckardt: Die grundsätzliche Regelung der Kartoffelversorgung, daß nämlich die Ueberzuchtgebiete an die Bedarfsgebiete abgeben müßten, sei durch die Ausgabe der Landeskartoffelkarte durchbrochen worden. Man habe den Verbrauchern die Möglichkeit geben wollen, ihre persönlichen Beziehungen im Lande auszunutzen. Die Kommunalbevollmächtigung sei dadurch infolgedessen gestört, als in den Bezirken, aus denen nach auswärts Kartoffeln geliefert seien, sich Fehlbeträge ergeben. Es sei gelungen, überall einen Ausgleich zu schaffen. Die Belieferung der Karte C, die schon im Herbst offen gelassen sei, sei erzwungen worden, einmal, weil die Heeresverwaltung erhebliche Nachforderungen an Kartoffeln gestellt habe, weil

die Futterernte so schlecht ausgefallen sei, dann aber habe die Reichskartoffelstelle wegen der ungenügenden Ergebnisse der Kartoffelproduktion neue große Nachlieferungen den Bezirken auferlegt. So allein in Sachsen bezogen amtschauptmannschaftlichen Bezirken eine neue Lieferung von 250 000 Zentnern. Diese Pflichtlieferungen müßten unbedingt erfüllt werden, wenn nicht die Vorkieferung der Bevölkerung in Frage gestellt werden sollte. Denn die Kartoffeln sollten zur Brotstreckung dienen. Man habe den Bezirken eine gewisse Frist einräumen müssen. Die gesperrten Bezirke seien gerade diejenigen, in denen die Erfüllung der Pflichtlieferungen durch besondere Umstände außerordentlich erschwert sei. Die Regierung hoffe jedoch, daß, wenn diese Lieferungen erfüllt seien, die Belieferungen und die Freizügigkeit der Kartoffelkarte C wieder eintreten könne.

Abg. Fleißner (L. Soz.) hält dem Minister entgegen, daß dieser einen Zeitpunkt nicht habe angeben können. Man verstehe nicht, daß die Regierung bei ihrem ersten Erfolge so wenig die Verhältnisse hätte übersehen können, daß sie, sobald schon wieder eine widerprechende Anordnung hätte treffen müssen. Deswegen könne man auch kein Ja sagen zu ihren beruhigenden Versicherungen und Versprechungen haben.

Abg. Schreiber (Konf.) bezeichnet es als einen schweren Fehler, daß man keine Kontrolle über die Lieferungen auf die Karte C vorgegeben habe. Ein weiterer Grund für die Schleichhandels-Schließung frage auch die Ueberzuchtigung der vorjährigen Ernte einen Teil der Schuld.

Abg. Günther (Fortschr. Vpl.): Die vorjährige Kartoffelernte sei durchaus gut gewesen. Allerdings seien die Anforderungen der Heeresverwaltung für Futterzwecke riesig. Wenn wir diese Mengen zur Verfügung hätten, so würden wir gewissermaßen in Kartoffeln schwimmen. Man solle in Berlin darauf dringen, daß der

freie Handel wenigstens für die Kartoffeln und Eier wieder zugelassen werde. Das Lebensmittel vorhanden seien, jege doch der Schleichhandel. Bei der Einfuhr aus der Ukraine dürfte Sachens nicht benachteiligt werden; denn tatsächlich sei es in der Lebensmittelversorgung schlechter gestellt, als alle anderen Bundesstaaten.

Abg. Rißhake-Luhsch (Nat.): Seine Fraktion habe schon fetter verschiedene Schritte in der Kartoffelversorgung getan, und es sei auch tatsächlich erreicht worden, daß man die Versorgung bis zur nächsten Ernte als gesichert hätte ansehen können. Die von dem Interpellanten erwiderten Vorgänge hätten aber eine Beunruhigung hervorgerufen, die man durchaus nicht auf die leichte Schulter nehmen dürfe. Die Ausführungen des Ministers zeigten doch, daß er selber Zweifel hege. Er frage, ob die Reichskartoffelstelle bei der Verteilung der Nachlieferungen auch auf Sachens genügend Rücksicht genommen habe. Die Unmöglichkeit, für die Brotstreckung Trockenkartoffeln in hinreichender Menge zu liefern, habe ihren Grund darin, daß die Trockenkartoffelanstalt in Berlin alles allein machen wollte. In Oesterreich-Ungarn schiene man ganz vergessen zu haben, daß Deutschland es erst ermöglicht habe, überhaupt etwas aus der Ukraine zu erhalten. Die Einfuhr, ein Drittel für Deutschland und zwei Drittel für Oesterreich, entspräche durchaus nicht der Billigkeit. (Lebhafter Beifall.) Seine Freunde wollten nur den gewerbsmäßigen Schleichhandel treffen, denn

ohne Schaffung von Nahrungsmitteln über die Rationierung hinaus habe man jetzt zum Sterben ja viel und zum Leben zu wenig.

Ein System aber, bei dem jemand, wenn er bestoben wolle, sich gegen die Gesetze vergehen müßte, sei unbillig. Es sei die Folge der Ausschaltung des legitimen Handels. (Zustimmung.) Die Regierung solle dafür Sorge tragen, daß die Reichskartoffelstelle die durch aus mögliche Kartoffelversorgung Sachens nicht durch übermäßige Aufgaben an die Militärjägers durchkreuze.

Abg. Wilde (Soz.): Die Verordnung vom 28. Februar habe deshalb so beunruhigend gewirkt, weil die Bevölkerung danach habe annehmen müssen, daß überhaupt keine Kartoffeln mehr vorhanden seien. Wenn der Minister keinen bestimmten Termin angeben könne, an dem die Pflichtlieferungen ausgeführt sein würden, so könnten keine Ausführungen auch nicht die nötige Beruhigung schaffen.

Abg. Dr. Hänel (Konf.): Nach den Darlegungen des Ministers sei die Kartoffelversorgung im ganzen Lande gesichert. Aus den späteren Maßregeln könne man nach Lage der Dinge den allgemeinen Schluß, daß die Kartoffelversorgung überhaupt in Frage gestellt sei, nicht ziehen. Minister des Innern Graf Dönhof von Eckardt: Eine Beschränkung des Freihandels sei bei Beginn des Krieges nicht beabsichtigt gewesen, sie habe sich jedoch durch die Entwicklung der Verhältnisse als notwendig herausgestellt, und man könne unter jetzigem System nicht mehr ändern. Die Regierung habe durchaus volgerichtig gehandelt. Die Notwendigkeit der Verordnung vom 28. Februar habe sie bei ihrer ersten Verordnung nicht voraussehen können. Diese habe sich erst durch ein

Telegramm der Reichskartoffelstelle an dreizehn sächsische Kommunalverbände über Nachlieferungen von Kartoffeln herausgestellt. Die Karte C sei gemissermaßen eine Kurzusversorgung gewesen. Das Normale sei die Wochenversorgung, und dafür müsse die Regierung unter allen Umständen sorgen. Er betone nochmals, daß ein Grund zur Beunruhigung nicht vorliege.

Abg. Heymann (Konf.) schließt sich dem Abg. Schreiber an und bittet, den freien Handel möglichst schon bei der Frühjahrskartoffelkarte herauszulassen, da sonst große Verluste und Schäden eintreten würden.

Nach einem Schlußwort des Interpellanten Abg. Koch schließt die Sitzung. Nächste Sitzung: Donnerstag 12 Uhr. Tagesordnung: Gerichtsstellenreform.

Recht und Gericht

Königl. Landgericht

Die strafrechtliche Anklage auf einem Braunkohlenwerk. Vor der IV. Strafkammer hatten sich wegen schwerer Sachbeschädigung...

Sport und Spiel

Militärspport des 19. Armeekorps

Wahrschiff. Am 10. März nachmittags 10 Uhr, hat ein Bootschützling auf dem Sportplatz am Westbahnhof...

Porzellanfabrik Ph. Rosenthal & Co. Aktiengesellschaft

Einundzwanzigste ordentliche Generalversammlung. Gemäß § 24 des Statuts werden die Aktionäre unserer Gesellschaft...

Eine Kochschülerin und ein Küchenmädchen

Sucht für sofort das Königin-Luise-Haus, am Wiltbergplatz-Deumal. Vorstellen 2 bis 3 Uhr.

Zeitungsträgerinnen

Leipziger Tageblatt, Königl. 3. I. gesucht

Verkäufe

Angelehene, leistungsfähige Großdruckerei

(Millionenobjekt), in bester Lage zu Berlin wie Leipzig, ist wegen anderweitiger Unternehmungen...

Restaurant-Grundstück

mit beiden Wohnungen, Restaurant und Gasse, hatstimmer mit gutem Innen- u. umständlicher sehr schöner u. ruh. Passend für Kitzschöldige. Näheres durch J. Berkmann...

Villa

in Eutritzscht, 6 Zimmer u. reichl. Zubeh., ca. 2000 qm Garten, für 55000 Mark zu verkaufen. Näheres durch J. Berkmann...

Venetianischer Spiegel

selten schönes Stück, aus einem Schloß Hammen, für 100 Mk. zu verkaufen. Vertheilungstr. 29, II.

Vorteilhaftes Anrecht

Habe 25000 Bogen fein weiß Ellenbeinfarben, Preiszwang, 48,5/75,5 cm, 90 kg pr. 1000 Bogen, einseitig bedruckt, format: 30 Rollen Cellulosepapier, 40 Rollen ledrige Altpapier, 100 cm breit, 100 m lang, 2000 kg wiegt. Schreibpapierstreifen, 12,75 cm, vertrieben gegen Baue abzugeben. F. O. Hartig, Papierfabrikanten, Leipzig, Johannisgasse 24, Tel. 438.

Zeiß-Schrank (Shannon-Registrator)

oben Briefordner, unten Formular, wie neu, zu verkaufen. Zeißstr. 5, 2-4 Uhr.

Meßmuster Gas- u. elektr.

Speisezimmerkronen, Salonkronen, Zylinderlampen, Tischlampen, Ampeln werden in unserem Institut, Ostal. 11/12 abgegeben. Reichsstr. 15.

Kümmelpflanzen

verfügbare Samen, Pflanzen in den Größen 20 cm, Preisband 35 cm, verkauft 100 Stück für 6 Mk. Otto Seetzen, Juchthausen bei Leipzig.

Kaufgesuche

Billa oder Landhaus in Leipzig oder Umgebung gesucht. Grundbesitzung: Delenbers großer Garten. Preis 700-800 Mk. Nach Entfallung. Offerten unter T. E. 690 an den „Invalidentank“, Leipzig.

Zu kaufen gesucht

ca. 50 Qm.-Mtr. Teppichbelag (einfarbig), gebraucht oder neu, zum Auslegen eines Hinterzimmers. Angebote mit Preis an Paul Mollitor, Nürnberg.

Schreibmaschinen

neue und gebrauchte, der Systeme Continental, Ideal, Mercedes, Adler und Stenogr. zu kaufen gesucht. Ausführliche Angebote sind zu richten an die Schreibmaschinen-Abteilung des Kaiserlichen Wertz zu Kiel.

Kesselwagen

zu kaufen oder leihen gesucht. Gefl. Erlangung, evtl. telegraphisch, erbeten. Holm. Cons. Leipzig, Burgstr. 33. Tel. 174 u. 308.

Bermietungsliste des „Leipziger Tageblattes“

Erscheint dreimal wöchentlich, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Table with columns: Straße, Nr., Stockwerk, Näherer Kuchant erteilt, Zu Besitzen, Preis, Wohn-jahre, Zimmer, Küche, Bad, Toilette, Gas, Wasser, Heizung, etc.

Rentor, Laden, Lager- und Kellerräume, Stallung, Wagenschuppen usw.

in der Str., Ecke Gwendol. 1. Oberhand, 1. I. sofort od. spät. 2 Zden, 2 Gießhäuser, 1 großer Schuppen, bisher Durchfahrt.

Meiers and Brockhaus' Lexikon

gute Bücher, L. O. Kleber, Markt 3, Rothe Hof.

Altertümer

G. Werner, Georgstraße 21. neben Hauptbahnhof, gegenüber dem Theater, Verkauf altertümlicher Möbel, Gemälde, Porzellan, Silber, etc.

Kommode

zu kaufen gesucht. Angebote an Frau Reinhold, Pleißenstraße 5.

Mietgesuche

Fabrikräume, ca. 150 qm, Erdgesch., möglichst im Westen, mit elektrischem Anschluß gesucht. Angebote unter Z. 1254 an die Geschäftsstelle des Leipziger Tageblattes.

3-4-Zimmer-Wohnung

gesucht. Sommerfr. elektr. Licht, Gas, S.W.-Kloset. Preis 700-800 Mk. Nach Entfallung. Offerten unter A. 400 an die Hauptgeschäftsstelle des Leipziger Tageblattes erbeten.

Vervielfältigung sofort

„Preis“, Leipzig, S. 11022. Edel's Schreib- und Vertriebs-Inst. Dobannstraße 10.

Bermietungen

Naumburg a. S., Pension Villa Berger empfiehlte begehrt. Zimmer mit guter Verpflegung. Telefon 351.

Bermischte Anzeigen

Defektiv Hadrich „Hellas“ Pol.-Wachstuch, a. D. hem. Kriminal-, Exp. Str. 24, P. 5738. Ermittl., Beobacht. jeder Art, Nacht, 24 Stündigkeit. Dr. Orloffe, Jm- u. Ausland.

Leistungsfähige Holzwarenfabrik

welche einfache, rohe Holzwaren als Warenmaterial liefern will, findet Beschäftigung mit gefl. Aufnahme ihrer Adresse. Offerten erbeten unter Z. 1251 an die Hauptgeschäftsstelle des Leipziger Tageblattes.

Thüringer Gasgesellschaft in Leipzig

Auflösung von 4., v. D. Teilschuldverreibungen Ausgabe 1906. Bei der am 13. Dezember 1917 durch einen Königl. Sachlichen Notar bewirkten planmäßigen weiteren Auflösung unserer 4., v. D. Teilschuldverreibungen Ausgabe 1906 wurden folgende Nummern gezogen: 1007 1016 1022 1100 1148 1095 1728 1748 1822 1873 1901 1904 1943 2045 2074 2273 2355 2416 2469 der Teilschuldverreibungen St. A zu je 1000 Mark, 1 122 214 220 245 424 527 622 849 981 der Teilschuldverreibungen St. B zu je 500 Mark. Die Platznahme dieser ausgedruckten Stücke erfolgt gegen Rückgabe der Teilschuldverreibungen und der zugehörigen Zinsleihen und Zinscheine vom 1. Juli 1918 ab zum Nennwerte kostenfrei; bei unserer Gesellschafts-Kassafälle in Leipzig, Thomasing 24, sowie bei den Vorstellern: Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Abteilung Becker & Co., in Leipzig, Frege & Co., Hammer & Schmidt, H. Kiebert, Hauptstr. 10 in Erfurt und Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Klinge & Co., in Altenburg. Die Veranlagung der ausgedruckten Stücke ist mit 30. Juni 1918 auf. Der Betrag der bei der Rückzahlung der Teilschuldverreibungen nicht zurückgegebenen, nach Maßgabe des Kapitels geliehene Zinsleihen wird am Kapitalbetrag gezinst. Von den früher bereits ausgelassenen Teilschuldverreibungen sind bisher folgende Nummern zur Einlösung noch nicht vorgelegt worden: 510 683 810 1300 1601 1816 der Teilschuldverreibungen St. A zu je 1000 Mark, 247 255 300 310 der Teilschuldverreibungen St. B zu je 500 Mark. Leipzig, den 30. Dezember 1917.

Thüringer Gasgesellschaft. H. Weigel. ppa. Gentsch.

Stellenangebote

Flotter Rundstereotypen

für unseren Zeitungsbetrieb wird sofort eingestellt Buchdrucker, „Leipziger Tageblatt“ Königl. 3. Hof II.

Handelslehrerin

flüchtig geprüft, für Privatunterricht in mittelgroßer Stadt gesucht per sofort oder 1. April d. A. 600-800 Mk. p. Monat. Ausführliche Angebote mit Zeugnisabschriften, Lebenslauf u. Bild erb. unter I. K. 1806 an Haasenkauf u. Vogler, A.-G., Frankfurt a. M.